1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Nr. 50
vom 13. Dez. '85
19. Jahrgang
Preis 1,– DM

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Diese Woche

Vandalen in Osnabrück

Eingetretene Türen, ausgeleerte Schränke, 50 Leute verschleppt — das ist die Bilanz eines Polizeieinsatzes in Hannover. Die niedersächsische Variante der „Endlösung des Asylantenproblems" fand Freitag letzter Woche im Asylantenheim in Osnabrück statt.

Es gab einen Haftbefehl — gegen vier Bewohner des Heimes. Dafür rückten 200 Polizisten an, die sich wie die Vandalen verhielten, alles kurz und klein schlugen, serienweise Menschen festnahmen.

Alle wurden erst mal als Diebstahlverdächtige festgenommen: Der Besitz eines Paar Sokken reichte der Truppe für diesen Verdacht aus. Zwar mußten anschließend alle wieder freigelassen werden (bis auf die vier, gegen die es Haftbefehle gab), aber der Zweck der Übung war es ja auch wohl, einfach Angst und Schrekken zu verbreiten. Und diesen Zweck hat diese Aktion erfüllt.

Für die insgesamt 100 Bewohner des Heimes waren es Stunden des Schreckens diese Zeit zwischen 6 Uhr und 8.30 Uhr am vergangenen Freitag: Umstellt, festgenommen, beschimpft, bedroht, im Scheinwerferlicht abgeführt: Offensichtlich eine Demonstration dessen, daß man in der BRD keinen Schutz vor Polizeiterror (beispielsweise) suchen sollte.

Das niedersächsische Innenministerium gehört schon lange zu jenen Schaltstellen in der BRD, die sich am deutlichsten hervortun, wenn es darum geht, Asylanten loszuwerden. Von daher ist es auch keine Überraschung, daß das Ministerium zu diesem Polizeieinsatz nichts sagen wollte.

Der Vandalismus paßt Hannover ins Konzept — das Aufsehen darum natürlich weniger — eben weil der Effekt der gewünschte ist.

★ ★ ★

Regierung beschließt Streikrechtsänderung

Advent, Advent — das Streikrecht brennt!

Am Abend des 10. Dezember sind die Spitzengespräche zwischen Bundesregierung, DGB und Unternehmerverbänden gescheitert. Minister Blüm kündigte für die Bundesregierung eine unverzügliche gesetzliche Änderung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes an. Über 400 000 Kolleginnen und Kollegen haben sich nach Angaben der IG Metall am 10. Dezember an den Protestaktionen gegen den Anschlag auf das Streikrecht beteiligt.

Nach dem Spitzengespräch erklärte Blüm, das Gesetz solle so geändert werden, daß Kurzarbeitergeld an vom Streik mittelbar betroffene Arbeitnehmer nicht mehr gezahlt werde, wenn die Hauptforderungen „annähernd gleich" seien. Blüm behauptete, mit diesen Plänen sei die Bundesregierung von den Vorstellungen der Gewerkschaften weniger weit entfernt als von denen der Unternehmer. Dummdreister geht's kaum.

Die jetzige Regierungsabsicht bedeutet exakt die nachträgliche Legalisierung des Franke-Erlasses. Sie würde bedeuten, daß im Falle eines Streiks, wie ihn die IG Metall 1984 für die 35-Stunden-Woche geführt hat, die Unternehmer mit der kalten Aussperrung von Hunderttausenden, ja von über einer Million Arbeitern und Angestellten antworten könnten, um die Streikkasse der zur Unterstützungszahlung gezwungenen Gewerkschaft binnen weniger Tage auszuräumen.

Die Behauptung der Regierung, an eine Änderung des Streikrechts sei nicht gedacht, erweist sich so als formale Haarspalterei, inhaltlich ist sie der Versuch, die mit der Materie wenig vertraute Öffentlichkeit in gröbster Weise zu täuschen. Wenn es sich formal auch nicht um ein direktes Streikverbot handelt, so zielen die Gesetzesänderungspläne der Regierung eben darauf ab, Streiks weitgehend unmöglich zu machen. Es soll eine Situation geschaffen werden, in der jeder Streik existenzielle Not für die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien bedeuten würde.

Der Verlauf des Aktionstages, zu dem die IG Metall für den 10. Dezember, dem Tag des Bonner Spitzengesprächs aufgerufen hatte, hat gezeigt, daß die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diese Gefahr sehen und bereit sind, für die Verteidigung des Streikrechts zu kämpfen. Über 400000 Metaller beteiligten sich an den Protestaktionen. Die Aufrufe der Gewerkschaft zu mehrstündigen Arbeitsniederlegungen wurden in der Regel — keineswegs nur in ausgesprochenen Großbetrieben — in hohem Maß befolgt. In zahlreichen Betrieben verließen die Kolleginnen und Kollegen die Betriebe, demonstrierten zu Protestkundgebungen in die Innenstädte oder vor die Gebäude des Arbeitgeberverbandes.

Die demonstrierte große Solidarität und Kampfbereitschaft ist um so höher zu bewerten, als diese Arbeitsniederlegungen in der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit der Frage des politischen Streiks, mit der sich die westdeutschen Ge-

Fortsetzung auf Seite 4



Demonstrierende Kolleginnen und Kollegen in Hamburg-Barmbek

Flick-Verkauf

200 000 Jahre arbeiten ...

Der größte Verkauf der bundesdeutschen Firmengeschichte lieferte in der letzten Woche reichlich Stoff für Schlagzeilen. Für 5 Milliarden Mark stößt Flick sein Wirtschaftsimperium an die Deutsche Bank ab. Ein Vorgang, der selbst den Kauf von AEG durch Daimler wie auch andere, vollzogene oder geplante Großfusionen usw. in den Schatten stellt.

Was da verkauft wurde, dürfte es eigentlich gar nicht mehr geben. Eigentlich — denn nach dem Kriege war Flick als Kriegsverbrecher verurteilt und sein Konzern zur Entflechtung freigegeben worden. Nichts von dem passierte. Frühzeitig hatte Flick, selbst noch im Gefängnis, die nötigen Verbindungen zur CDU, in den Parteivorstand, ins erste Kabinett, zum Kanzler Adenauer. Nicht überraschend: Schon damals gehörte er zu denen, die die CDU finanzierten.

Immer war der Flick-Konzern vorne dabei, wenn es galt, um jeden Preis — und zwar im wahrsten Sinne des Wortes — politische Entscheidungen zugunsten der Unternehmer zu erzwingen. In dieser Tradition und keineswegs einzigartig steht auch die Rolle der Flicks bei der „Spendenaffäre" um Lambsdorff und Barzel, um alle etablierten Bonner Parteien.

Nun wird der Name Flick aus den Reihen der Mächtigen der kapitalistischen Wirtschaft ausscheiden — freilich nicht aus den Reihen der Superreichen der BRD. Wenn der „Spiegel" vorrechnet, daß hundert Jahre lang jede Woche sechs Richtige im Lotto nötig sind, um auf die Summe von fünf Milliarden zu kommen, so muß dem nur noch hinzugefügt werden, daß dieser Gewinn stets eine volle Million sein muß, sonst recht es nicht aus. Eine solche Menge Geld kann kaum weniger werden und wenn sie selbst schlecht verzinst wäre. Was aber kaum zu erwarten ist, denn in Steuersachen sind alle Beteiligten, Flick und die Deutsche Bank sicher die größten Experten der BRD. Mehr als 10 Prozent Steuern wird Flick kaum zu bezahlen haben, was seine Aussage, die Steuergesetze seien Schuld an seinem Rückzug aus dem aktiven Geschäft mehr als nur in Frage stellt.

Fortsetzung auf Seite 2

NUKEM im Gespräch

Die „Pannen"serie von Hanau

Jeden Monat eine: Die dritte sogenannte Panne innerhalb weniger Wochen in der Hanauer Atomzentrale. Am 16. Oktober und jetzt am 4. Dezember wurden bei NUKEM Menschen bestrahlt, zwischendurch war im November bei RBU Uran ins Abwassernetz geraten. Eine Bestätigung für alle die, die seit langem vertreten, es gäbe keinen gefahrlosen Betrieb solcher Anlagen.

Die Auseinandersetzung um die Erweiterung der Hanauer Nuklearfabriken hatte vor kurzer Zeit erstmals bundesweit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf jene Haltung potentieller Atomrüstung gelenkt. Die jetzige Serie von Pannen, bei denen die direkte Gefährdung von Menschen im Mittelpunkt steht, macht deutlich, daß all die ewigen Streitereien um große Unfälle und ihrer Wahrscheinlichkeit von den „alltäglichen" Zwischenfällen ganz absehen, und diese, das zeigen alle Erfahrungen, sind die Regel.

In den Streit geraten ist dadurch einmal mehr die Aufsichtsrats- und Genehmigungspraxis der hessischen Landesregierung — denn daß dies alles diese Bundesregierung wenig interessiert, ist Tatsache, von der ausgegangen werden kann.

In die Kritik geraten ist dabei vor allem der hessische Wirtschaftsminister Steger (SPD), der sich bei der jüngsten Auseinandersetzung zwischen Landes- und Bundesregierung noch als Gegner des Hanauer Atomzentrums zu profilieren suchte. Die Verheimlichungspolitik der Betreiber muß von den Behörden jedoch unterstützt worden sein, sonst wäre sie ganz und gar unmöglich gewesen, handelte es sich bei den Betroffenen doch jeweils um Landesangestellte. Die Kumpanei um die Plutoniumsfabriken ist auch heute schon eine Gefahr, das ist die schlichte Lehre dieser Ereignisse.

200 000 Jahre arbeiten . . .

Fortsetzung von Seite 1

Übrigens: Wie in der Frage des Politikerkaufs ist Flick auch in der Frage der Größe seines Besitzes keineswegs ein Einzelfall. Milliardäre gibt es viele in dieser kapitalistischen Republik — und sie sind es, die von Kohls Aufschwung profitieren. Daß Flick gerade jetzt verkauft hat sehr viel mit dem Hoch an der Börse zu tun. Das wertvollste „Schätzchen" seiner Sammlung, trotz allem anderen, dürften dabei immer noch die 10 Prozent Anteile an der Daimler Benz AG sein, die ein xfaches ihres Nennwertes einbringen.

Daß der Regierungssprecher zu dem ganzen Vorgang nur zu sagen wußte, dadurch seien die Arbeitsplätze in den Flick-Firmen sicherer geworden, zeigt eigentlich nur das Ausmaß der Heuchelei dieser Wenderegierung, die natürlich gegen das Geschäft ihres langjährigen Finanziers nichts einzuwenden hat. Daß ein Mann, der nie in seinem Leben irgendetwas geleistet hat — ganz entgegen dem Märchen von den fleißigen Kapitalisten (die es auch gibt) — eben so mal eine Summe kassieren kann, die alleine genügen würde, sehr viele Übel in der Gesellschaft zu beseitigen oder mindestens abzumildern — das darf in dieser Gesellschaft offensichtlich kein Thema sein.

Ebensowenig wie es erlaubt ist, den anderen Geschäftspartner bei diesem Jahrzehntdeal genauer zu betrachten. Denn: Auch die Deutsche Bank steht in derselben Tradition wie die Flicks, auch was ihre Rolle in der Nazi-Diktatur anbelangt und ihre Affären bis heute. Und sie war von jeher auf das engste mit Flick geschäftlich verbunden.

Während die Ideologen des Kapitals in den Medien, Universitäten und auf den Regierungsbänken stets von der angeblich freien Marktwirtschaft reden, die Regierungsparteien das sogenannte freie Unternehmertum lobhudeln, ist die Entwicklung der Deutschen Bank in Wirklichkeit nahezu ein Bilderbuchbeispiel für die Entwicklung des Finanzkapitals, der Zentralisation und Konzentration des Kapitals, eine Bank, deren Geschäfte im Umfang längst mit dem des gesamten Staatshaushaltes der BRD konkurrieren.



Und eine Bank, die durch diesen Deal sich verschiedenes verspricht. Wohl auch Rückgewinnung von Unternehmerprestige, das durch Leute wie Flick gehörig angekratzt ist. Aber in erster Linie runde anderthalb Milliarden, die sie aus den Folgegeschäften des geplanten Wiederverkaufs einnehmen wollen. Und in zweiter Linie weiteren Machtzuwachs, denn ihr Einfluß auf das ehemalige Flick-Imperium wird sich ohne jeden Zweifel weiter ausdehnen.

Die Bank, die die Verantwortung trägt für die Rationalisierungskampagnen beispielsweise in der Stahlindustrie, wird sich sicherlich nicht scheuen, die Worte des Regierungssprechers als Lüge zu entlarven, wenn sie das für notwenig erachten sollte. Daß das Milliardending wieder einmal auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung geht, ist ohnehin klar und sei es nur wegen der neuerlichen Steuertricks. Aber selbstverständlich läßt eine Regierung Kohl einen Herrn Herrhausen, der dem Kanzler einen Teil seiner Regierungserklärung vorgeschrieben hat, gewähren, wie noch jede Regierung vor ihr.

Dieses neue Milliardending, in der bürgerlichen Presse — allen voran in der Springer-Presse versteht sich — mit reichlich Tränenschmalz versehen (sei es um den „armen, reichen Flick" oder um den „Untergang der großen Unternehmer") ist nur ein, wenn auch besonders schlagendes, Beispiel für den Charakter der Gesellschaftsordnung in der BRD.

Während beispielsweise trotz aller Beitragserhöhungen bei Versicherungen im Sozialsystem die freche Propaganda von der angeblichen Selbstbedienung täglich neu offizielle Weihe genießt, wird solch ein Schmarotzerdasein als etwas selbstverständliches dargestellt, Flick als ein Mann, der gar noch zu bedauern wäre.

Im Gegenteil: Auch wenn er jetzt aus der Reihe der Aktiven abgeht, ist er ein „leuchtendes Beispiel" dafür, daß diese Leute, diese Klasse enteignet und entmachtet gehört, daß erst ihre Ausschaltung aus dem Leben der Gesellschaft es ermöglicht, sowohl die anstehenden Probleme im Interesse der breiten Bevölkerungsmehrheit zu lösen, als es auch ermöglicht wird, dadurch zu neuen gesellschaftlichen Perspektiven zu gelangen.

Die Milliarden, die da auf beiden Seiten durch bloße Unterschriften verdient werden, sie sind zuvor erarbeitet worden und viel genug von denen, die sie erarbeitet haben, sind heute ohne Arbeit, haben heute einen geringeren Lohn und schlechtere Arbeitsbedingungen als früher. Allein diese rund sieben Milliarden, die sich beide Seiten da durch Federstriche erhoffen, könnten, anders verwendet, viel Gutes tun. Was daran hindert, sind die politischen Verhältnisse. Die fünf Milliarden, die Flick bekommt, kann aber auch ein Arbeiter verdienen. Vorausgesetzt er erhält 2000 Mark netto im Monat und gibt nichts aus, muß er dafür 200000 Jahre arbeiten. Mit Überstunden geht's natürlich schneller...

Abbröckeln verhindern?

Schulterschluß um Ibbenbüren . . .

Verschiedene sozialdemokratische Spitzenpolitiker übten in den letzten Tagen den Schulterschluß mit Johannes Rau. Es geht um Ibbenbüren, das Kraftwerk der RWE mit dem Rekordausstoß an Stickoxiden.

Hatten zunächst verschiedene prominente Sozialdemokraten Zweifel an Raus Vorgehen mehr oder minder leise angedeutet, so wurden die Reihen in den letzten Tagen wieder geschlossen: Rau habe alles, was möglich war, beachtet, es gebe keinen Grund zur Kritik an der Eröffnung des Kraftwerkes.

Nun: Die Fakten waren bekannt und auch denjenigen, die zunächst kritisierten. Der Grund für den Umschwung liegt also anders. Und zwar ziemlich eindeutig auf der Linie der Parteitaktik. Überkleisterung des Vorgangs heißt die Parole, Geschlossenheit der Partei um jeden Preis.

Denn der Kandidat hat sein zweites Eigentor in kurzer Zeit bisher noch nicht verkraftet. Nach seinem Salto rückwärts in Sachen Abschaffung gesetzlicher Einschnitte ins Sozialsystem nun der nächste in Sachen Umweltschutz.

Die SPD, bei Auseinandersetzungen wie etwa um Buschhaus oder auch Kalkar bemüht, sich ein entsprechendes Image zu schaffen, ist an den Ansprüchen des größten bundesdeutschen Stromkonzerns an die NRW-Landesregierung gescheitert. Zu deutlich war es das Interesse dieses Konzerns und nichts anderes, das die Eröffnung jetzt diktiert hat. Die üblichen Entschuldigungen mit der Sicherung von Arbeitsplätzen bleiben diesmal vielleicht sogar noch durchsichtiger als ohnehin.

Die politischen Fehlleistungen des Kandidaten Rau zusammen mit der ausgesprochenen schwachen Leistung der SPD in der Bundestagsdebatte um den Haushalt 86 zeigen deutlich, daß die Wenderegierung keinesfalls die kommende Bundestagswahl fast schon verloren hat, wie es der SPD nahestehende Medien lange Zeit darstellen wollten. Inzwischen scheint auch hier eher wieder der Katzenjammer eingekehrt zu sein, vor allem aus Enttäuschung über die recht plumpen taktischen Fehler des Johannes Rau.

Nach 25 Verhandlungstagen

Das Schweigen

Schweigen — das ist die Charakterisierung, die am ehesten die Lage trifft, nachdem 25 Verhandlungstage im Bonner Landgericht gegen Lambsdorff, Friderichs und von Brauchitsch vorbei sind. Schweigen in verschiedenem Sinne.

Zum einen: Die Medien beachten den Fortgang der Dinge kaum noch. Einen Mammutprozeß daraus zu machen und so allmählich eine Abkühlung des Interesses in der Öffentlichkeit zu erreichen, war von Beginn an eine der zentralen Strategien der Verteidigung.

Zum zweiten: Schweigen tun zwei der drei Angeklagten, wenn es um die Sache geht (nicht aber, wenn sie sich politisch verteidigen): Sowohl der Graf als auch Friderichs. Nur von Brauchitsch redet und versucht, nicht zu Unrecht, sein Vorgehen als quasi Normalzustand darzustellen (und nebenbei droht er mit weiteren Enthüllungen).

Und schließlich ist Schweigen auch die Antwort auf das immer massivere Vorbringen des Pseudoarguments, die Finanzämter (bzw. die Finanzverwaltung) habe die Sache gewußt und gebilligt. Was natürlich — teilweise — stimmt, aber doch normalerweise eher verschärfend als mildernd sich auswirken müßte.

Die politisch Verantwortlichen in Bonn haben in dem Prozeß ohnehin nur noch ein Unthema, keine Rede ist mehr davon, etwa den Kreis der Belangten auszuweiten. Der Teppich, unter den in gemeinsamen Bemühen möglichst viel gekehrt werden soll, ist riesengroß und wird voll ausgenutzt. Je mehr Zeit vergeht, desto deutlicher wird, daß keine Rede davon sein kann, es würde etwa eine Aktion zur Rettung der Fassade geben. Denn die Personenopfer, die da hätten gebracht werden müssen, die wären eben an die Substanz der großen bürgerlichen Parteien gegangen.

Daß es gegen diesen Skandal Nummer 1 keine breite Mobilisierung gab, das erweist sich im Nachhinein als eine der besten Hilfestellungen für die Wenderegierung, die über die zahlreichen minderen Skandale kaum noch den Sturz befürchten muß.

Der Prozeß schließlich wird, wenn alles so weitergeht, dem ganzen Vorgang noch die rechtsstaatliche Weihe geben.

Zweiter Prozeß

Wallraff siegt weiter

Innerhalb kürzester Frist gewann Günther Wallraff nun schon zwei Prozesse, die gegen sein Buch „Ganz unten" angestrengt worden waren. Nach der Auseinandersetzung um die Echtheit eines Bildes ging es diesmal um die Klage eines sogenannten Subunternehmers.

Die verschiedenen Versuche gegen dieses Buch und seine Auswirkungen Front zu machen, häufen sich. Nachdem den ersten großen Worten, etwa von Seiten Thyssens aus naheliegenden Gründen keine Taten gefolgt waren, weil die Beweislast erdrückend war und ist, kommt jetzt offensichtlich einerseits eine Flut kleinerer Prozesse und Behinderungen aller Art auf den Autor zu. Bisher hat er alle diese Auseinandersetzungen gewonnen, auch die um den Verleih seines Buches in Oelde.

Wallraffs Buch hat nach wie vor große Wirkungen vor allem auf drei Arten von Menschen: Zum einen sehr viele der von Leiharbeit Betroffenen selbst, zum zweiten auf eine ganze Reihe gewerkschaftlich Aktiver, insbesondere solcher, die sich schon seit langem bemühten, an dieser Frage etwas in Bewegung zu setzen und schließlich auch unter solchen Vertretern der Mittelschichten, die meinten „soetwas" gäbe es bei „uns" schon lange nicht mehr. Das macht es auch schwierig, offen gegen dieses Buch vorzugehen, diese breite Resonanz ist Grundlage dafür, daß es bisher unzensiert blieb.

Wenn sich im Zuge der Auseinandersetzungen um das Buch auch der frühere Sozialminister von NRW (und heutige SPD-Fraktionschef im Landtag) Friedhelm Farthmann nun für ein Verbot der Leiharbeit ausgesprochen hat — für das er in seiner Amtszeit und auch als Aufsichtsratsmitglied von Hoesch nie zu begeistern war — so ist das zunächst einmal zu begrüßen. Bleibt abzuwarten, ob der Druck ausreichen wird, daß auch etwas geschieht. Bleibt auch abzuwarten, was passieren sollte, wenn sich jüngste Vermutungen bestätigen, daß die von Wallraff in ihren Praktiken entlarvten Subunternehmer von Thyssen selbst mit dem nötigen Kapital für ihre Firmengründungen ausstaffiert wurden...

Impressum
Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: (0231) 433691 und 439692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehe. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A) FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

SDI-Abkommen mit London

„Goldene Gelegenheit" für die Industrie

In London wurde in der letzten Woche das erste Abkommen zwischen den USA und einer westeuropäischen Regierung über die Beteiligung an SDI abgeschlossen. Unterzeichner waren die jeweiligen Verteidigungsminister. Das Abkommen legt fest, welche Rechte und Pflichten beide Staaten bei der Verwendung der SDI-Forschungsergebnisse haben.

Mit diesem Abkommen sind die USA ihrem Ziel, die westeuropäischen NATO-Staaten in die sogenannte „Strategische Verteidigungsinitiative" einzubinden, einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Insofern stellt dieses Abkommen einen wichtigen politischen Erfolg für die Reagan-Administration dar. Politisch bedeutsam ist ebenfalls, daß die US-Regierung in einem wesentlichen Punkt des Abkommens ihren Willen gegen die erklärte Zielsetzung der britischen Regierung durchsetzen konnte. Die britische Regierung hatte nämlich zunächst zur Bedingung gemacht, daß das Abkommen eine verbindliche Zusage der USA über die Vergabe von Aufträgen an britische Firmen in Höhe von ca. 1,5 Mrd Dollar enthalten müsse. Das vereinbarte Abkommen aber enthält keinerlei finanzielle Zusage, ja es enthält noch nicht einmal eine verbindliche Zusage darüber, daß überhaupt Aufträge aus dem SDI-Topf an britische Firmen vergeben werden. Der britische Verteidigungsminister Heseltine: es liege nun an den britischen Firmen, um die Aufträge zu kämpfen.

DAS GROSSE GESCHÄFT SDI

Die zehn größten SDI-Vertragspartner 1983/1984: Verträge in Millionen Dollar

Firma	Verträge in Millionen Dollar	Anteil am SDI-Etat in Prozent
BOEING	364,3	22,4
LOCKHEED	240,2	14,7
MC DONNELL DOUGLAS	236,8	14,5
LTV	211,0	12,9
TELEDYNE	115,4	7,1
ROCKWELL INTERNATIONAL	88,7	5,4
TRW	76,3	4,7
HUGHES	34,8	2,1
AVCO	30,6	1,8
LITTON	25,3	1,5

Anteil der zehn größten Vertragspartner am SDI-Etat 1983/1984 in Prozent: 87,4

Obwohl die Thatcher-Regierung also in durchaus wesentlichen Fragen eine Niederlage einstecken mußte, lobte Heseltine das Abkommen in höchsten Tönen. Er erklärte, man habe „echte Möglichkeiten, echte Abkommen und echte Arbeitsplätze" erreicht. (Davon, daß auch dieses Abkommen wieder ein weiterer Mosaikstein zu einem möglichen „echten Atomkrieg mit echten Toten" ist, sprach er lieber nicht.) Direkt lyrisch wurde Heseltine da, wo auf die tatsächlichen Nutznießer dieses Abkommens zu sprechen kam — auf die Rüstungsindustrie. Für sie, so Heseltine, bedeute das Abkommen eine „goldene Gelegenheit".

Die britische Entscheidung hat die Debatte über die Haltung zu SDI auch in den anderen NATO-Staaten intensiviert. In Italien wird eine ähnliche Entscheidung in Kürze erwartet. Die Bundesregierung will noch in diesem Jahr einen Beschluß für ein Abkommen mit den USA fällen, dessen Abschluß dann für das Frühjahr 1986 erwartet wird. Eine Beteiligung an SDI hat auch Israel angekündigt.

Was die westdeutsche Beteiligung an SDI betrifft, so hat Wirtschaftsminister Bangemann dieser Tage erklärt, daß die FDP in der Koalition ihren Standpunkt — keine staatliche Beteiligung, keine staatlichen Gelder — durchgesetzt habe. Zumindest, was letzteres betrifft, ist allerdings Skepsis in allerhöchstem Maße angebracht.

Zur Erinnerung: als die Debatte über die westeuropäische Beteiligung an SDI begann, war das Hauptargument der USA dafür, daß die astronomischen Kosten für SDI nicht allein von den Vereinigten Staaten aufgebracht werden könnten. Und Bundeskanzler Kohl erklärte auf der entsprechenden NATO-Tagung im letzten Jahr, daß die Kosten für ein solches Projekt sehr hoch wären und gründliche Überlegungen darüber, wie man diesen Teil der Sache der Bevölkerung beibringen solle, notwendig seien.

Die Kostenfrage wird also auf uns zukommen. Dann, wennüber SDI politisch entschieden ist. Dann, wenn die Bundestagswahlen gelaufen sind.

Dafür, daß in Bonn keine politische Entscheidung zugunsten von SDI gefällt wird, gilt es jetzt den Kampf zu verstärken. Eine positive Meldung in diesem Zusammenhang: inzwischen haben bereits 3759 Wissenschaftler und Techniker den offenen Brief an Bundeskanzler Kohl unterzeichnet, in dem die Regierung zu einer klaren Absage an SDI aufgefordert wird.

Auf Druck der USA

England tritt aus der UNESCO aus

Vor einem Jahr traten die USA aus der UN-Organisation für Erziehung, Kultur und Wissenschaft aus. Jetzt verkündete der Entwicklungshilfeminister der Thatcher-Regierung den Schritt für England. Nach dem Mitgliedsbeitrag der USA, die ein Viertel des Budgets der UNESCO zahlten, fehlen der Weltorganisation jetzt weitere acht Prozent ihres Etats, rund neun Millionen Dollar.

Die Vorwürfe seitens der konservativen britischen Regierung gegenüber der UNESCO sond die gleichen, die vor über einem Jahr auch die USA losließen: Die Organisation verschwende Geld, unterstütze Projekte, die nicht in ihren Aufgabenbereich fallen würden, wie etwa Menschenrechtsfragen und Atomfragen. Vor allem aber wurde die UNESCO wegen ihrer Arbeit und den verbreiteten Ansichten über die Kontrolle der Medien unter Beschuß genommen. Ein Projekt über eine „neue Welt-Informations- und Kommunikationsordnung" ist fast allen westlichen Industriestaaten ein Dorn im Auge. Die Organisation, von der britischen Regierung als „Dritte-Welt-Debattiergesellschaft" verleumdet, arbeitete lange an Plänen, das weltweite Monopol westlicher Nachrichtendienste und Presseagenturen zu knacken. Die Hilfe für den Aufbau eigenständiger Medien und Kommunikationsstrukturen in den Ländern der dritten Welt wurde als Kampfansage gegen die *„freiheitliche Gesinnung"* der westlichen Industriestaaten gewertet.

Nach dem Schritt der USA vor einem Jahr wurden von der UNESCO — unter dem Druck weiterer Austritte, und damit verbundenem geringeren Etat — in dieser Frage den westlichen Staaten weitgehende Zugeständnisse gemacht. *„Erhebliche Fortschritte"* konstatierte sogar ein Bericht des britischen Außenministeriums.

Daß die Thatcher-Regierung trotzdem jetzt aus der UNESCO austrat, ist auf direkten Einfluß der USA zurückzuführen. Der britische Oppositionssprecher Foulkes meinte, dieser Schritt sei *„eine weitere klägliche Kapitulation vor dem Druck der USA"* — das US-Außenministerium sei noch vor dem britischen Kabinett und dem Parlament vom Beschluß unterrichtet worden. Kommentatoren in der britischen Presse wiesen darauf hin, daß der *„Wunsch"* nach dem UNESCO-Austritt Englands erst kürzlich von Ronald Reagan persönlich an Maggie Thatcher herangetragen worden sei.

Direkte Zustimmung für diesen Schritt bekam die britische Regierung in der UNESCO nur vom Commonwealth-Staat Singapur, der ebenfalls seinen Austritt ankündigte. Die Bundesregierung *„bedauerte"* den Austritt Englands, nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern weil sie meint, innerhalb der Organisation mehr Druck gegen die Staaten der dritten Welt machen zu können. Der geschaffene Druck durch die finanzpolitisch schwerwiegenden Austritte der USA und Englands wird diese Position der Bundesregierung stärken.

US-Schlappe von der UNO

Die US-Regierung hat vor der UNO in New York eine schwere Schlappe hinnehmen müssen. Mit einer großen Mehrheit wurde das Handelsembargo gegen Nicaragua verurteilt.

Die UN-Vollversammlung hat am vergangenen Freitag mit 84 gegen 4 Stimmen bei 37 Enthaltungen die Aufhebung des US-Handelsembargos gegen Nicaragua gefordert. Mit diesem Beschluß wurden auch alle Länder aufgefordert, ihre wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit mit Zentralamerika zu verstärken, *„vor allem, um die negativen Auswirkungen des Wirtschaftsembargos und der übrigen gegen Nicaragua ergriffenen Maßnahmen auszugleichen."*

Der Antrag war von den UN-Delegationen Algeriens, Mexikos, Perus und Nicaraguas eingebracht. Zusammen mit den USA stimmten nur drei Delegationen gegen den Entschließungsantrag: Israel, Gambia und das von den USA „befreite" Grenada. Die internationale Verurteilung der Repressionspolitik der USA machte bei den UN-Vertretern Reagans *„traurig und betroffen."* Er bewertete die Abstimmung als *„große Niederlage für die USA"*. Die UN-Vertretung der USA hatte noch mit 16 Änderungsvorschlägen der Entschließung die Schärfe nehmen wollen.

Die nicaraguanische Regierung hat nach dem Abschuß eines Militärhubschraubers nahe der honduranischen Grenze bei den USA und Honduras protestiert, ihren Botschafter aus den USA zu Konsultationen zurückberufen und eine Dringlichkeitssitzung des Weltsicherheitsrates beantragt. Ursache des Protestes ist die Tatsache, daß der Hubschrauberabschuß zu Beginn der vergangenen Woche, bei dem 14 nicaraguanische Soldaten starben, mit einer Boden-Luft-Rakete durchgeführt wurde, die die Contra-Rebellen nur von den USA bekommen haben können. Das Außenministerium in Managua warnte die USA davor, den Konflikt in Mittelamerika auf eine neue, noch unbekannte Stufe weiterzutreiben. Die von den USA gelieferten „Sam-7"-Raketen würden außerdem eine erhebliche Gefahr für die zivile Luftfahrt bedeuten.

Zum „Tag der Menschenrechte"

Bonn und die Folter



Der 10. Dezember gilt als der „Tag der Menschenrechte". Zu den grundlegendsten Verstößen gegen die Menschenrechte gehört die Folter, wie sie heute in zahllosen Staaten der Welt angewandt wird. „Amnesty international" hat deshalb diesen 10. Dezember zum Anlaß genommen, um die Bonner Regierung aufzufordern, endlich den seit zwei Jahren vorliegenden Entwurf einer „Europäischen Antifolterkonvention" des Europarats zuzustimmen.

In dem Schreiben von „ai" an die Bundesregierung heißt es u. a.:

„Für ai ist die zögernde Haltung der Bundesregierung vollkommen unerklärlich. In einer Zeit, in der auch in Europa, zum Beispiel in der Türkei und in Spanien, noch systematisch gefoltert wird, ist ein präventiver Schutz gegen diese Form der Menschenrechtsverletzung dringend geboten. Folter kann abgeschafft werden, wenn nur der politische Wille hierzu vorhanden ist.

Der Entwurf der europäischen Konvention gegen die Folter war am 28. September 1983 von der beratenden Versammlung des Europarats einstimmig beschlossen worden und liegt nun dem Ministerkomitee zur Verabschiedung vor. Der Deutsche Bundestag hat am 17. Januar 1985 in einer einstimmigen Entschließung die Bundesregierung aufgefordert, sich für die Konvention einzusetzen. Nach Kenntnis von ai lehnen die Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg den Konventionsentwurf mit allem Nachdruck ab, die übrigen Bundesländer stimmen ihm zu oder sind noch unentschlossen.

Erstmals könnte auf europäischer Ebene mit dieser Konvention ein vorbeugender Schutz gegen die Folter geschaffen werden. Im Zentrum des Abkommens steht ein sogenanntes Besuchssystem, in dessen Rahmen eine unabhängige internationale Delegation nach vorheriger Ankündigung jederzeit jeden Ort aufsuchen kann, an dem Personen auf Anordnung von Behörden festgehalten werden. Ein solches Kontrollsystem wäre mit der Verabschiedung der Konvention zum ersten Mal völkerrechtlich verankert. Mit ihrer Zustimmung könnte die Bundesregierung zum Ausdruck bringen, daß sie ihren Anteil am Kampf gegen die Folter beitragen möchte."

US-Export

Ungefähr von einem Jahr konnte man in der Presse folgende kleine Meldung lesen: „Das US-Handelsministerium hat den Export von Folterinstrumenten nach Australien, Neuseeland, Japan und in NATO-Staaten genehmigt. Das Ministerium habe die Güter als ‚Sonderwerkzeuge für Folter' deklariert, heißt es in einer Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Newsweek". Zu den Instrumenten gehörten Daumenschrauben und Stachelstökke — eben Routinesachen für die Polizei'!"

Advent, Advent — das Streikrecht brennt!

Fortsetzung von Seite 1

werkschaften bislang ausgesprochen schwer getan haben, gestellt wurden.

Die Unternehmerverbände haben die Warnstreiks als illegal bezeichnet und Schadensersatzprozesse gegen die IG Metall angekündigt.

In Siegen ist zum ersten Mal eine Aktion gegen die Streikrechtsänderung per Gerichtsbeschluß verboten worden. Rund 1000 Belegschaftsmitglieder der Schloemann-Siemag AG hatten sich zu einer außerordentlichen Belegschaftsversammlung getroffen, um die Folgen der geplanten Streikrechtsänderung zu diskutieren. Die Unternehmer hatten mit einer einstweiligen Verfügung Erfolg und die Belegschaftsversammlung mußte per Gerichtsbeschluß aufgehoben werden.

Dem Urteil kommt aber keine allgemeine Bedeutung zu. Da Gericht verwies in seiner Begründung darauf, daß eine ordentliche Belegschaftsversammlung unmittelbar bevorstünde, die für eine außerordentliche Belegschaftsversammlung gebotene Dringlichkeit nicht gegeben sei. Wenn die Begründung auch insofern erstaunlich ist, als es ja nun die Regierung ist, die in demonstrativer Hast die Unternehmerforderungen zur Streikrechtsänderung in Gesetzesform gießen will, läßt sich aus ihr keineswegs ablesen, daß vom gewerkschaftlichen Standpunkt, daß außerordentliche Belegschaftsversammlungen zu dieser Frage rechtlich zulässig sind, Abstriche gemacht werden müßten.

Auch den Unternehmerbehauptungen, die bisherigen mit Arbeitsniederlegungen verbundenen Protestaktionen seien illegal, muß entschieden widersprochen werden. Der demonstrative Charakter dieser vorübergehenden Arbeitsniederlegung ist offenkundig. Es handelt sich nicht um Durchsetzungsstreiks. Die gesamte Problematik des „politischen Streiks" kann auf diese Protestaktionen nicht angewendet werden.

Offenkundig aber ist, daß die Gewerkschaften der weiteren politischen Zuspitzung dieser Auseinandersetzung gar nicht ausweichen können, wenn sie nicht kampflos kapitulieren wollen.

„Darum begrüßen wir die Bundesregierung mit einem dreifachen: Haut ab, haut ab, haut ab!", skandierten dreitausend Gewerkschafter, die anläßlich des Spitzengesprächs in Bonn demonstrierten. Die Regierung selbst trägt die politische Verantwortung dafür, daß heute der Kampf für die Verteidigung von Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit gleichbedeutend ist mit dem Kampf gegen Kohl, Blüm, Bangemann und Konsorten.

Wenn selbst Parteigänger der jetzigen Regierung wie der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Ernst Benda sich zu Wort melden, um auf die mögliche Verfassungswidrigkeit der geplanten Streikrechtsänderung hinzuweisen, wird deutlich, daß die Gewerkschaften sich der Herausforderung durch die Koalition von Kapital und Kabinett stellen müssen, daß sie in der Arbeiter- und Angestelltenschaft und in der öffentlichen Diskussion deutlich machen müssen, daß mit der geplanten Änderung des § 116 die Frage des Widerstandsrechts und des politischen Streiks akut wird.

Die bisherige Mobilisierung seitens der IG Metall hat gezeigt, daß die Arbeiter und Angestellten bereit sind, für ihr Streikrecht zu kämpfen. Jetzt müssen alle DGB-Gewerkschaften den Schritt von papiernen Resolutionen zu praktischen Aktionen machen. Es muß aber in den Beschlüssen des DGB nun auch deutlich werden, daß die Gewerkschaften, wenn die Regierung die Gesetzesmaschinerie in Gang setzt, auch den Widerstand auf eine qualitativ neue Stufe heben werden. Eine bundesweite Demonstration der DGB-Gewerkschaften in Bonn, die notwendigerweise mit einer eintägigen Arbeitsniederlegung verbunden sein müßte, könnte ein solcher nächster Schritt sein.



Demonstration in Bochum





Streikende Hoesch-Kollegen am 5. 12.

Kollegen von HDW und Blohm & Voss im Rathaus

Lästig wie eine Fliege

Erst herrschte leichte Panik. Eilfertige Rathausbedienstete und Polizisten verschlossen das Hauptor des Rathauses. Aber die Werftarbeiter kommen. Eigentlich wollte Senator Lange nur mit einer Delegation von acht Vertretern sprechen. Da entschied er sich doch, die über hundert Kolleginnen und Kollegen ins Rathaus reinzulassen. Als dann auch noch vier Kollegen ein Transparent entrollten, wurden die Bewacher wieder hektisch. Das ginge nicht, im Rathaus dürfe nicht demonstriert werden. Das kümmerte die Kollegen wenig. Das Transparent wurde hochgehalten, bis Senator Lange erschien und der kurze Schlagabtausch begann. Die VK-Leiter von HDW und B & V, Jürgen Kühnle und Gerd Taschenberger verlasen die Resolutionen der Vertrauenskörper.

- Ablehnung des Verkaufs;
- Beteiligung der Stadt Hamburg am Werk Ross mit mindestens 25,1 Prozent;
- Aufbau einer Umweltproduktion zur Sicherung der Arbeitsplätze und Lösung der Umweltprobleme in Hamburg;
- Änderung der Werftpolitik des Senates.

In der kurzen Auseinandersetzung sprachen die Kollegen Andreas Müller-Goldenstedt, Holger Geißelbrecht, Horst Pilgrimm, Ernst Hahn, Götz Müller-Landre und Christian Matthiessen.

Sie kritisierten die Haltung des Senats. Warum ist der Senat nicht offensiv gegen den Verkauf aufgetreten?

Warum werden nach wie vor Millionen an Subventionen gezahlt, ohne Bedingungen zur Erhaltung der Arbeitsplätze?

Warum spricht sich der Senat nicht gegen die Verschleuderung von hunderten von Millionen DM für den Bau von Fregatten für Portugal aus? Das Geld könnte anders wesentlich sinnvoller eingesetzt werden.

Was gedenkt der Senat zur Sicherung der Arbeitsplätze, die durch den Aufkauf gefährdet sind, zu tun?

Wie steht der Senat zum Aufbau einer Gesellschaft für Umweltproduktion auf den Werften?

Senator Lange antwortet in seiner gewohnt überheblichen Art. Jeder spürte, wie lästig den Herren das Auftreten der Werftarbeiter war. Wie üblich redete Lange immer haarscharf daneben.

Hamburg hätte sich ja bemüht; hätte allein bei HDW in den letzten Jahren 74 Mill. Subvention gezahlt; wäre bereit, sich zu beteiligen; prüfe die Möglichkeit einer Umweltgesellschaft.

Aber: Der Senat könne angesichts der Bonner Regierung, angesichts der Besitzverhältnisse (Thyssen, Salzgitter) eben gar nichts machen. Und deshalb werde er sich nicht zum „Kasper" machen lassen.

Und damit war für Lange das Thema abgehakt. Er stand auf und ging!

Anschließend erklärte ein Vertreter der GAL, daß sie die Forderungen der Werftbelegschaft unterstützen, zur Durchsetzung aber eine grundlegende Änderung der Senatspolitik im Energie- und Umweltbereich erforderlich sei. Damit war die Protestaktion zu Ende; vorläufig?

Ja, vorläufig!

Denn eines muß klar sein: Vom Thyssen-Konzern 64,7 Prozent, von Siemens 12,5 Prozent, vom Vorstand der B & V AG ist in keiner Weise eine Rücksichtnahme auf die Belegschaft zu erwarten. Der Thyssen-Konzern ist einer der Mächtigsten in der BRD — ganz zu schweigen von Siemens. Für den Konzernchef Vogelsang ist die HDW-Belegschaft nicht mehr und nicht weniger als die Summe von 54 Mio. DM.

Sicher müssen wir trotzdem gemeinsam mit den Kollegen von B & V gegen jede Maßnahme der Arbeitsplatzvernichtung kämpfen aber genauso wichtig ist der Kampf um den Hamburger Senat zu einer Änderung seiner Politik zu zwingen:

Für jeden Arbeitsplatz, den der B & V-Vorstand vernichten will, muß vom Hamburger Senat ein neuer Arbeitsplatz durch den Aufbau einer Umweltproduktion für die Hamburger Region geschaffen werden.

(Aus: Frischer Wind, KPD-Betriebszeitung für HDW/Hamburg)

Noch zu retten?

In einem Brief an alle Verwaltungsstellen schreibt der IG-Chemie-Vorsitzende Rappe, falls sich die IG Metall nicht von der Losung „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten — Diese Regierung will sie ausbluten!" distanziere, sollen die IG-Chemie-Verwaltungsstellen nicht die IG-Metall-Aktionen unterstützen.

Daß er damit in das gleiche Horn wie die Bundesregierung stößt, überrascht nicht. Vom gewerkschaftlichen Kampfmittel Streik dürften beide in etwa dasselbe halten. Mit einer Reduzierung der Rolle der Industriegewerkschaften auf die Rolle der Betriebsgewerkschaften wäre ein Rappe schon einverstanden, vorausgesetzt seine eigene Position würde dabei nicht untergraben.

Daß ein Mensch mit solchen Ansichten immer noch an der Spitze einer Industriegewerkschaft steht, ist ein Skandal. Daß er und seine Gefolgsleute bis herunter in unseren Betriebsrat und Verwaltungsstellenvorstand immer wiedergewählt werden, ist ein zweiter Skandal.

Doch ein Funken Hoffnung besteht noch. So hat der IG-Chemie-Verwaltungsstellenvorstand in Düren die IG-Metall-Flugblätter mit IG Chemie beschriftet und verteilt.

Die Vertrauenskörperleitung von Bayer Elberfeld hat in einem Brief alle Vertrauensleute aufgefordert, die IG-Metall-Aktionen zu unterstützen.

Vor dem Leverkusener Werk haben Kolleginnen und Kollegen aus Eigeninitiative die IG-Metall-Flugblätter verteilt.

Weiter so, bis die Absicht der Unternehmer und der Bundesregierung gefallen ist — trotz Rappe und Gefolge! (Aus: Klassenkampf, KPD-Betriebszeitung für Bayer)

Mannesmann/Dortmund

„Wir schmeißen raus . . ."

596 Arbeiter und Angestellte arbeiten noch im Dortmunder Mannesmann-Werk. 100 von ihnen sollen im nächsten Jahr ihren Arbeitsplatz verlieren. Ein von Kollegen am Werkstor angebrachtes Plakat sagte klipp und klar, worum es geht: „Mannesmann. Wir schmeißen raus: Schweißer, Schlosser, Dreher usw."

Der Mannesmann-Vorstand hat im Anlagenbau insgesamt die Vernichtung von 450 Arbeitsplätzen beschlossen, obwohl Mannesmann im Anlagenbau gute Gewinne macht, und die Dortmunder Belegschaft nach wie vor erhebliche Überstunden fährt. Am 6. Dezember formierte sich die Belegschaft zu einer Protestdemonstration.

Bericht vom ZK-Plenum

Thesen zum Parteitag

Am 7./8. Dezember tagte das Zentralkomitee der KPD. Es diskutierte den Entwurf eines Haushaltsplans 86, über den der 6. Parteitag beschließen muß. Diskutiert wurden die Ergebnisse der nationalen Delegiertenkonferenz der GIM (Bericht im letzten Roten Morgen). Das Zentralkomitee kam zu der Bewertung, daß Verlauf und Ergebnisse der Delegiertenkonferenz der GIM die politische Möglichkeit der Vereinigung von GIM und KPD unterstrichen hat.

Schwerpunkt der Tagung des Zentralkomitees war die Diskussion über Thesen zur politischen Orientierung und Aufgabenstellung der Partei im nächsten Jahr. Die Thesen sollen Grundlage für die Diskussion in der Partei und auf dem Parteitag selbst sein. Wir veröffentlichen im folgenden im Zentralkomitee bereits diskutierte und beschlossene Teile der Thesen.

In der nächsten Nummer werden Thesen zu einzelnen Politikfeldern veröffentlicht (Betrieb und Gewerkschaft, demokratischer Kampf, Jugend, Frauen). Diese wurden von den entsprechenden Abteilungen des Zentralkomitees erstellt. Das Zentralkomitee hat diese Teile noch nicht diskutieren können. Trotzdem werden sie als Grundlage zur Diskussion in der Partei veröffentlicht. Das Zentralkomitee wird diese Teile erst auf seiner nächsten Sitzung Mitte Januar diskutieren und seine Stellungnahme bzw. Abänderungsanträge veröffentlichen. Ein anderes Verfahren ist wegen der Knappheit der Zeit zwischen Sonderparteitag und 6. Parteitag nicht möglich. Auf der ZK-Sitzung Mitte Januar wird auch der Tätigkeitsbericht des Zentralkomitees diskutiert und anschließend veröffentlicht.

Teil I: allgemeinpolitische Orientierung

Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung

Der Angriff auf das Streikrecht im Zusammenhang mit dem § 116 Arbeitsförderungsgesetz hat erneut deutlich gemacht, daß die gegenwärtige Koalitionsregierung aus Unionsparteien und FDP systematisch auf die Schwächung der Gewerkschaften abzielt. Dies entspricht den Forderungen, die seinerzeit, als der Sturz der Regierung Schmidt vorbereitet wurde, von den Unternehmerorganisationen an die künftige Regierungspolitik gestellt wurden. Wie andere Kräfte der Linken hat auch unsere Partei diesen zentralen Aspekt der Wende von Anfang an richtig erkannt.

Der mit der Wende einsetzende Übergang von einer Regierungspolitik, die bei allen sozialpolitischen Zumutungen doch um die Integration und Kooperation der Gewerkschaften bemüht war, jedenfalls die direkte Konfrontation mit ihnen zu vermeiden suchte, zu einer Regierungspolitik, die die Konfrontation und den offenen Machtkampf mit den Gewerkschaften ins Kalkül zieht, wurde schnell offensichtlich, als die Wenderegierung 1984 in die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche offen als politischer Arm der Unternehmerorganisationen eingriff.

Die Koalition von Kapital und Kabinett konnte die Kapitulation der Gewerkschaften aufgrund der demonstrierten Kampfbereitschaft vor allem der IG Metall und der IG Druck & Papier nicht erzwingen. Das nahezu ohne Widerstand verabschiedete Beschäftigungsförderungsgesetz aber lieferte erhebliche Hebel zur Schwächung der gewerkschaftlichen Positionen in den Betrieben. Der Angriff auf das Streikrecht über den § 116 AFG soll die Fähigkeit der Gewerkschaften, vor allem der IG Metall, zum Widerstand entscheidend untergraben. Pläne zur Änderung des Betriebsverfassungsgesetzes, die die Stellung der Gewerkschaften in den Betrieben schwächen sollen, sind keineswegs vom Tisch. Das sogenannte Müller-Gutachten enthält einen ganzen Katalog von Maßnahmen als Vorlagen für die künftige Regierungspolitik, die zusammengenommen ein autoritäres, obrigkeitsstaatliches Arbeitskampfrechtssystem ergeben würden, in dem von Gewerkschaftsfreiheit selbst dann nicht mehr gesprochen werden könnte, wenn nicht alle Maßnahmen, sondern nur ein Teil verwirklicht würde.

Im Verhältnis Regierung/Gewerkschaften offenbart sich der mit der Wende eingeleitete einschneidende Wechsel in der bürgerlichen Regierungspolitik am deutlichsten. Offensichtlich wurde er gleichermaßen in der Frage des Sozialabbaus, der Ausländerverdrängung, der Rüstungs- und sogenannten Sicherheitspolitik und in der Politik gegen die Frauen u.a.

Andererseits sind nicht alle Befürchtungen, die insbesondere die Linke inklusive unserer Partei mit dem triumphalen Wahlsieg der Wendekoalition bei der Bundestagswahl 1982 verbunden hat, Realität geworden. Außenpolitisch hat es die schlichte Rückkehr zur Politik des „kalten Krieges" nicht gegeben, die Verschärfung der Ausländergesetzgebung ist in dem befürchteten Umfang nicht eingetreten, die umstandslose Rückkehr zum generellen Abtreibungsverbot ist nicht erfolgt usw.

Für alles das und mehr gibt es in den Unionsparteien starke Bestrebungen. Die Frage, warum sie sich nicht in dem befürchteten Umfang durchsetzen, erfordert zu ihrer Beantwortung sicher die Analyse vielschichtiger Ursachen. Gegenüber unserer seinerzeitigen Einschätzung der Wende erscheinen zwei Umstände heute auffällig:

1. Das politische Lager des Konservatismus ist weniger homogen als es vor dem Regierungswechsel in der Opposition erschien. Es gibt nicht nur Identität zwischen den kapitalistischen Anforderungen an die Regierungspolitik und hergebrachten konservativen Bestrebungen, sondern auch gravierende Widersprüche. Das äußert sich nicht nur in Differenzen innerhalb der Unionparteien, sondern auch darin, daß die Politik der Regierung Kohl auch bei konservativen Wählerschichten auf Widerstand gestoßen ist. Beides hat bislang die Handlungsfähigkeit der Regierung Kohl auf verschiedenen Politikfeldern eingeschränkt. Was seitens des Regierungslagers bevorzugt als Schwäche, die „gute Politik zu verkaufen", dargestellt wird, sind in Wirklichkeit schwerwiegende politisch-ideologische Widersprüche. Seit einiger Zeit gibt es in den Unionsparteien eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung, die eine gewisse Umwertung traditioneller konservativer Werte vornimmt, um eine gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Leitlinie zu entwickeln die es einerseits ermöglicht, die aktuellen Anforderungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses und den entsprechend formulierten Forderungen der ausschlaggebenden Kapitalskreise zu genügen und andererseits eine stabilere Mehrheit in Frontstellung gegen die Gewerkschaften, die Linkskräfte, die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die neuen sozialen Bewegungen zu formieren.

Das Ergebnis dieser Debatte im konservativen Lager wird nach vermutlich noch heftigen Auseinandersetzungen zu einer Verstärkung der aggressiven Bestrebungen gegen die Arbeiterklasse führen.

2. Das Widerstandspotential in der Gesellschaft gegen die Wende ist stärker als es das Ergebnis der letzten Bundestagswahl hätte vermuten lassen. Auf die Bedeutung, die wir dem Kampf für die 35-Stunden-Woche 1984 im Hinblick darauf bemessen, daß die Offensive des Konservatismus zumindest vorübergehend zum Stillstand gekommen ist, haben wir schon hingewiesen. Aber auch der Widerstand gegen die — noch von der sozialliberalen Koalition auf den Weg gebrachten — Volkszählung hat gezeigt, daß konservatives obrigkeitsstaatliches Denken selbst bei Teilen der Unionswähler einem erheblichen Mißtrauen in staatliche Allmacht und Allwissenheit gewichen ist.

Die Probleme, auf die die derzeitige Koalitionsregierung in Bonn tatsächlich gestoßen ist, durch die der politische Aufschwung des Konservatismus beträchtlich an Dynamik verloren hat, dürfen nicht dazu verleiten, die reaktionären Triebkräfte hinter der Wende zu unterschätzen.

Der vorübergehende, aber eben eingetretene Wirtschaftsaufschwung wird es der Wenderegierung erleichtern, ihre Politik bei jenen als erfolgreich hinzustellen, die von Massenarbeitslosigkeit und Verarmungstendenzen nicht oder nicht sehr empfindlich betroffen sind und deren Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes in dem Maße nachläßt, in dem sie die gute Auslastung ihres Betriebes beobachten können. Um es vorsichtig zu formulieren: es ist keineswegs sicher, daß der nächste Kriseneinbruch so frühzeitig einsetzt, daß er die gesamtgesellschaftliche Diskussion zur nächsten Bundestagswahl bestimmt.

Dann aber ist zu erwarten, daß die gewerkschaftlichen Forderungen im allgemeinen, daß vor allem die Forderung nach Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit, nach Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der am meisten von der Verarmung betroffenen Schichten usw. von der Reaktion als Gefahr für die Wirtschaft, als sichere Quelle eines neuen Kriseneinbruchs hingestellt werden, daß also die Reaktion versuchen wird, existenzielle Ängste vor dem sozialen Abstieg gegen die Gewerkschaften und die sozialen Bewegungen zu mobilisieren.

Daraus ergäbe sich eine sehr aggressive ideologische Kampagne gegen die Gewerkschaften. Anzeichen dafür, daß relevante Kreise im Lager der Unternehmerorganisationen zurückkehren wollen zu einer Politik der sozialpartnerschaftlichen Kooperation der 60er und 70er Jahre gibt es nicht. Sofern Kritik aus Kapitalskreisen an der Regierungspolitik laut wird, ist es die der „mangelnden Effektivität", daß „von der Wende noch nicht genug spürbar ist" usw.

Das Ziel der weiteren Umverteilung zu ihren Gunsten verbindet sich für die dominierenden Kapitalskreise in zwangsläufiger Logik mit dem politischen Bestreben, effektiven Widerstand dagegen möglichst zu unterbinden und das bedeutet in erster Linie, die Gewerkschaften entscheidend zu schwächen, sofern sie sich nicht kampflos dem Druck der durch die Anforderungen des Kapitalprofits bestimmten Verhältnisse anpassen.

Deshalb wird der Kampf gegen die derzeitige Bonner Regierung, für ihre Beseitigung und ihre Ersetzung durch eine andere Regierung, die nach bedauerlicher Lage der Dinge, die sich bis zur Bundestagswahl kaum dramatisch verändern dürfte, nur eine sozialdemokratisch geführte sein kann, die allgemeine politische Orientierung der Arbeiterbewegung sein.

Gegenüber diesem allgemeinen politischen Streben der Arbeiterbewegung, die derzeitige Bonner Regierung zu beseitigen, stehen wir Kommunisten durchaus nicht in Opposition. Im Gegenteil: wir vertreten in der Arbeiterbewegung mit Nachdruck, daß jede Politik der Tolerierung gegenüber der Reaktion die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung immer weiter in die Defensive drängen und ihre Handlungsfähigkeit zerstören wird.

In Opposition stehen wir allerdings zur Auffassung der dominierenden sozialdemokratischen Kräfte, die keineswegs daran interessiert sind, daß die Arbeiterklasse im Kampf gegen Kapital und politische Reaktion erstarkt und die Fähigkeit zum selbständigen politischen Handeln gewinnt, sondern die Arbeiter und Angestellten und die gesamte Opposition gegen die Wende lediglich als Stimmvieh für die nächsten Wahlen, insbesondere natürlich für die nächste Bundestagswahl 1987 betrachtet.

Für die Mobilisierung der Arbeiterklasse

Im Kampf gegen das Kapital und seine derzeitige Bonner Regierung müssen die KPD und — nach unserer Auffassung — die revolutionären Sozialisten überhaupt für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen der Reaktion eintreten. Sie müssen aber auch in zwei grundlegenden Fragen sich scharf mit der Sozialdemokratie als der dominierenden politischen Kraft in der Arbeiterbewegung auseinandersetzen, weil die sozialdemokratische Orientierung die wirkliche breite Entfaltung dieses Kampfes behindert.

1. Der Kampf darum, ob die Arbeiterklasse das gesellschaftliche Kräfteverhältnis eher zu ihren Gunsten beeinflussen kann, oder ob es der Reaktion gelingt, die Arbeiterbewegung weitgehend zu isolieren, entscheidet sich nicht im Wahlkampf und durch die Stimmabgabe bei der Bundestagswahl 1987. Diese parlamentarische Borniertheit, die die Sozialdemokratie der Arbeiterbewegung aufzwingen will, muß bekämpft werden, weil sie nicht der Realität entspricht. Ohne Zweifel drücken parlamentarische Wahlen ein bestimmtes gesellschaftliches Kräfteverhältnis aus, sie schaffen es aber nicht.

Ausschlaggebend wird sein, ob die Arbeiterbewegung durch den Kampf für die Verteidigung des Streikrechts und durch den Kampf für die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum die gesellschaftliche Diskussion bestimmenden Faktor wird, ob sie schwankenden Teilen der Arbeiter- und Angestelltenschaft das Vertrauen in die Alternative zur Politik der Reaktion vermittelt, ob sie beträchtlichen Teilen der Mittelschichten zu der Einsicht verhilft, daß eine Politik in Konfrontation mit der Arbeiterbewegung keineswegs die „Sicherheit und Stabilität" schaffen kann, die die Wendeparteien versprechen.

Wer dagegen heute bemüht ist, den Klassenkampf zu beschränken und unter Kontrolle zu halten, um sich selbst der Bourgeoisie als „Garant des sozialen Friedens" anzudienen, wie es die parteioffizielle Sozialdemokratie tut, wird erleben, daß Konservatismus und Liberalismus trotz Massenarbeitslosigkeit und Skandale die Hegemonie in der öffentlichen Diskussion wieder an sich reißen und sich in durchaus wahlentscheidenden Schichten auch damit werden brüsten können, daß sie die Gewerkschaften an die Kandare genommen haben.

2. In dem Bestreben, in der Sicht der ausschlaggebenden Kapitalskreise „regierungsfähig" zu erscheinen, ist die Sozialdemokratie programmatisch bemüht, alle Probleme, die auf der Arbeiterklasse und der Bevölkerungsmehrheit lasten — von der Arbeitslosigkeit bis zur Zerstörung der Umwelt — als durch eine andere Politik auf kapitalistischer Grundlage lösbar hinzustellen. Insbesondere tritt die parteioffizielle Sozialdemokratie in der Arbeiterbewegung gegen alle Bestrebungen auf, Eingriffe in die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu fordern. Dagegen müssen die revolutionären Sozialisten politisch ankämpfen, um zu verhindern, daß die Rücksichtnahme auf Erfordernisse der kapitalistischen Wirtschaft die Arbeiterklasse davon abhält, mit der notwendigen Konsequenz für ihre unmittelbar

Fortsetzung von Seite 5
dringenden Forderungen zu kämpfen, um andererseits in der Arbeiterklasse die Einsicht zu stärken und zu verbreiten, daß die Lösung der Probleme in ihrem Sinne nur durch die Erringung der politischen Macht und die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft möglich ist.

Aus der dargelegten Betrachtungsweise ergibt sich, da wir die Entwicklung der Arbeiterbewegung selbst und nicht Spekulationen über denkbare Koalitionen im Hinblick auf die Ablösung der bestehenden Regierung für wesentlich halten.

Das bedeutet nicht, daß wir die politische Bedeutung der kommenden Bundestagswahlen gering veranschlagen. Die revolutionären Sozialisten müssen mit aller Kraft für die Niederlage der Wendeparteien arbeiten.

3. Für die Einheit der revolutionären Sozialisten

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die Überwindung der dominierenden, auf Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie abzielenden sozialdemokratischen Positionen erfordert den bewußten und organisierten politischen Kampf der revolutionären Sozialisten. Wir haben uns mit der KPD das Instrument geschaffen, um diesen Kampf führen zu können. Für uns ist der Kampf für die politische und organisatorische Stärkung der KPD der Weg, uns als Kommunisten politische Handlungsmöglichkeiten zu erschließen mit dem Ziel, eine revolutionäre Orientierung der Arbeiterbewegung zu erreichen.

Die Kräfte des revolutionären Sozialismus in der Arbeiterbewegung sind sehr schwach. Um so schädlicher ist die Tatsache, daß sie in viele Organisationen und Gruppen zersplittert sind, um so dringlicher die Forderung, sie in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu vereinigen. Der Kampf für die Vereinigung der revolutionären Sozialisten muß deshalb auch im kommenden Jahr ein zentrales Anliegen unserer Partei sein.

Eine nüchterne Bilanzierung der bisherigen Bestrebungen zur Einheit der revolutionären Sozialisten ergibt, daß mit der Herausgabe der gemeinsamen Beilage und der Verstärkung der Diskussion zwischen den Organisationen zwar gewisse Fortschritte verbucht worden sind, daß andererseits aber auch politische Widersprüche zugenommen haben und daß für manche Organisationen des revolutionären Sozialismus die Losung der „Einheit der revolutionären Sozialisten“ sich sehr weit von konkreten Vereinigungsbestrebungen entfernt hat.

Konkret steht für 1986 die Frage der Vereinigung von GIM und KPD. Der Sonderparteitag unserer Partei und die Delegiertenkonferenz der GIM haben beide zum Ergebnis gehabt, daß eine überwältigende Mehrheit der Mitglieder beider Organisationen sich für diese Vereinigung ausgesprochen hat.

Aufgrund der Erfahrungen der bisherigen Diskussionen und praktischen Zusammenarbeit erscheint diese Vereinigung politisch möglich. Das bedeutet aber nicht, daß sie leicht zu verwirklichen sein wird. Wir müssen diese Vereinigung als eine zentrale politische Aufgabe der gesamten Partei für die kommenden Monate betrachten. Bis zum Parteitag wird das Zentralkomitee einen konkreten Vorschlag zum weiteren Vorgehen in der Frage der angestrebten Vereinigung mit der GIM vorlegen.

Bundestagswahl 1987

Bei der Bundestagswahl am 6. März 1983 gaben fast 56 Prozent der Wähler den Unionsparteien und der FDP ihre Stimme und bestätigten damit eine Regierung, die, durch den beispiellosen Wählerbetrug der FDP im Herbst 1982 an die Macht gekommen, unschwer als Wunschregierung des Großkapitals einzuordnen war. Dieses Wahlergebnis war eine eindeutige Niederlage für die Arbeiterbewegung und die Linke in der Bundesrepublik.

Daß 56 Prozent der Wähler der Wende-Regierung ihre Stimme gaben, obwohl rund 75 Prozent der Bevölkerung die Raketenstationierung ablehnten, machte deutlich, daß nicht die sog. Überlebensfragen Atomraketen und Umweltproblematik letztlich das Wahlverhalten bestimmten. Ausschlaggebend für den Wahlsieg der Wendeparteien war vielmehr das Versprechen Helmut Kohls, daß es unte seiner Regierung einen Aufschwung und damit verbunden einen Abbau der Arbeitslosigkeit geben werde.

Heute, nach mehr als zweijähriger Amtszeit der Wenderegierung, steht fest, daß es den von Kohl versprochenen Aufschwung nur für die Reichen gegeben hat. Die Profite sind gestiegen. Die Arbeitslosigkeit wurde nicht abgebaut, der Lebensstandard ist gesunken. Trotzdem wäre es verfehlt zu glauben, daß deshalb die nächste Bundestagswahl sozusagen automatisch das Ende der Regierung Kohl bedeuten würde. Wir meinen, daß es möglich ist, eine Wahlniederlage der schwarzen Koalition zu erreichen. Wir meinen aber auch, daß dazu politischer Kampf, breite politische Mobilisierung gegen die Wende-Politik Bedingung ist. Thematisch — das ist eine wesentliche Lehre aus der Bundestagswahl '83 — muß es dabei vorrangig um den richtigen Weg zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit gehen. In Verbindung damit um Fragen des Sozialabbaus und der Demokratie (Gewerkschaftsrechte). Politisch muß es für uns, als revolutionäre Sozialisten, darum gehen, innerhalb der stark sozialdemokratisch geprägten Oppositionsbewegung gegen die Wende-Regierung für den Klassenkampf gegen das Kapital und die Reaktion einzutreten, die scheinbar einzig mögliche Alternative Wendepolitik oder Sozialpartnerschaftspolitik in Frage zu stellen und einen Fortschritt beim Zusammenschluß klassenkämpferisch orientierter Kräfte zu erreichen.

Dies wäre am besten durch eine gemeinsame Kandidatur klassenkämpferischer Kräfte oder revolutionär-sozialistischer Organisationen zu erreichen. Die Bedingungen dafür haben sich aber seit der letzten Bundestagswahl, wo BWK und KPD als Bündnis revolutionärer Sozialisten in sechs Bundesländern kandidiert haben, nicht verbessert. Sie haben sich eher verschlechtert. Denn eine wachsende Bereitschaft von revolutionär-sozialistischen Organisationen zu einer solchen gemeinsamen Kandidatur ist nicht festzustellen (die MLPD hat bereits eine Alleinkandidatur beschlossen, Organisationen wie die Gruppe Arbeiterpolitik halten eine solche Kandidatur nach wie vor nicht für richtig). Auf der anderen Seite ist beispielsweise für unsere Partei eine Kandidatur schon allein aus kräftemäßigen Gründen schwieriger geworden. Eine Beteiligung an der Bundestagswahl, die sich auf zwei, drei Bundesländer beschränkt, ist aber politisch nicht sinnvoll und kommt nach Ansicht des ZK nicht in Frage.

Um die politische Notwendigkeit einer Beteiligung an den Bundestagswahlen muß unter den revolutionären Sozialisten trotzdem diskutiert werden. Bei nüchterner Einschätzung der Situation ist es aber angebracht, bereits jetzt zu überlegen, was geschehen soll, wenn ein Wahlbündnis mehrerer revolutionär-sozialistischer Organisationen nicht zustande kommt. Das ZK ist der Auffassung, daß die Partei und die revolutionären Sozialisten insgesamt, dann trotzdem die Pflicht haben, gegen die Wende-Politik politisch zu mobilisieren. Denkbar wäre eine Kampagne unter dem Slogan „Stoppt die Wende“, die mit Flugblättern, Plakaten, Veranstaltungen eine Art Tribunal gegen die Wende-Regierung organisiert. Eine solche Kampagne, di sich direkter Wahlempfehlungen enthalten und auf den Aufruf „Keine Stimme den Wende-Parteien“ beschränken müßte, könnte da, wo das möglich und sinnvoll ist, evtl. durch örtliche Wahlbündnisse für die Erststimme (Direktkandidaten) begleitet werden.

Der weitere politische Parteiaufbau

Die Programmdiskussion

Der Sonderparteitag im November '85 hat die Programmdiskussion unserer Partei nicht beendet, sondern einen Programmentwurf zur Diskussion gestellt.

Diese Diskussion, die mit dem nächsten Sonderparteitag abgeschlossen werden soll, wird auch in der Arbeit der Partei in 1986 ihren Platz haben müssen, d. h. die Veröffentlichung von Beiträgen zu dieser Diskussion und Durchführung von Diskussionsrunden zu wichtigen Punkten.

Anders aber als in 1985 wird auf zentraler Ebene und in den örtlichen Aktivitäten das Gewicht dieser Tätigkeit sich zugunsten der Entfaltung der politischen Arbeit der Partei verschieben müssen. Das ist auch möglich; denn der Sonderparteitag hat mit dem Programmentwurf und den anderen Beschlüssen wichtige Fragen geklärt, die in 1985 diese Debatte wesentlich geprägt haben, wie z.B. altes oder neues Programm, die grundlegende Stoßrichtung eines neuen Programms und die Formulierung der strategischen Ziele. So wird es möglich sein, die offenen Fragen (wie z.B. Aussagen zu den neuen Technologien) und Beiträge zu behandeln, ohne daß die politische Arbeit zurückgestellt werden muß, wie dies noch vor dem Sonderparteitag erforderlich war.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt der weiteren Programmdiskussion werden natürlich die Anträge der GIM sein, wo es darum gehen wird, welche programmatische Einheit zwischen unseren Organisationen erreicht werden kann. Sie sind ein Teil der Anstrengungen, die wir im kommenden Jahr aufwenden müssen, wenn wir in der Einheit der revolutionären Sozialisten einen Schritt vorankommen wollen.

Elemente des politischen Parteiaufbaus

Verbreiterung einer revolutionär-sozialistischen Politik wird sich an drei grundlegenden Erfordernissen orientieren müssen, die mehr oder weniger unsystematisch bereits in den letzten Jahren unser Verständnis über die Entwicklung einer revolutionären Partei geprägt haben:

1. inhaltliche Entwicklung der Politik
2. Politik machen und um politische Wirksamkeit bemüht sein
3. die KPD als revolutionäre Alternative verankern

Alle drei Elemente sind die allgemeinsten Bedingungen zur Entwicklung einer revolutionären Politik heute und müssen sich daher in unseren Überlegungen zu den verschiedenen Politikfeldern wiederfinden. Deshalb soll an dieser Stelle auch nur kurz erläutert werden, was damit gemeint ist und welche Auswirkungen eine solche Festlegung auf die Tätigkeit der Partei und besonders der Zentrale hat.

Zu 1. die inhaltliche Entwicklung der Politik, die zum Ziel hat, daß die KPD auf der Höhe der politischen Diskussion in der Arbeiterbewegung und den anderen wichtigen gesellschaftlichen Bewegungen ist. Und nicht nur das, sondern auch die Fähigkeit entwickelt in ihrer theoretischen und politischen Erarbeitung, eine vorantreibende Rolle in den verschiedenen Politikfeldern zu spielen. Zu dieser inhaltlichen Entwicklung gehört:

- die regelmäßige Organisierung der politischen Diskussion in der Partei;
- die Durchführung von Konferenzen in den verschiedenen Arbeitsbereichen zur politischen Diskussion der dort anstehenden Fragen;
- das zentrale Organ unserer Partei.

Zu 2. Politik machen in den verschiedenen Politikfeldern. Dazu gehört einmal

- die Kenntnis der politischen Strukturen in diesen Bereichen und deren Veränderung in der politischen Auseinandersetzung des Klassenkampfes (Differenzierungsprozesse)
- die Einschätzung und Beantwortung der Frage, welche Strukturen und Kräfte für das Einbringen einer revolutionären Politik bundesweit und örtlich wichtig sind (also z.B. Rolle der RGO oder des Info-35 in der Formierung der klassenkämpferischen gewerkschaftlichen Kräfte)
- die Beantwortung der Frage, wie bei politischen Initiativen der Partei in diesen Bereichen Bündnisse mit den Kräften hergestellt werden können, die die Auffassungen der Partei teilen oder aufgeschlossen sind.

Ein solches Herangehen erfordert auf zentraler Ebene eine Veränderung der Arbeitsweise — und dies nicht nur aus Kräftegründen, oder weil wir nicht mehr so viel Geld für Freigestelltehaben. Eine wesentliche Bedingung ist die Einrichtung von

- Arbeitskreisen, die in den jeweiligen Bereichen der politischen Arbeit eine Mitarbeit gerade der Genossinnen und Genossen ermöglichen muß, die mit ihrer Erfahrung und ihren Positionen in den Politikfeldern die Handlungsfähigkeit der Partei verbessern können. Ergebnisse und Beiträge dieser Arbeitsgruppen sollten als Grundlage für die Diskussion und Entscheidung im ZK dienen, als Grundlage zur Mobilisierung der Partei für die verschiedenen politischen Aufgaben.

Zu 3. Das Verankern und das Auftreten als Partei wurde in der Vergangenheit häufig im Gegensatz zur Aufgabe des „Politik machens“ behandelt. Da steckt ja auch ein Problem drin, das jedoch nicht so entschieden werden kann, als müsse man sich für eins von beiden entscheiden. Ohne konkrete Anstrengungen unserer Partei in den verschiedenen Politikfeldern, wird das Ziel, eine revolutionär-sozialisti-

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

sche Partei in der Arbeiterbewegung zu verankern zur hohlen Phrase, andererseits wird die Herausbildung einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterbewegung nicht allein durch die aktive Tätigkeit der Kommunisten und ihre Fähigkeit zum Bündnis und zur Zusammenarbeit mit den positiven Bestrebungen in den Bewegungen erreicht. Es geht dabei auch um die politischen Alternativen z.B. darum, daß der Fortschritt der Arbeiterbewegung wesentlich von einem Loslösungsprozeß von der Sozialdemokratie abhängt. Diese Erkenntnis wird sich nicht spontan in betrieblicher oder gewerkschaftlicher Auseinandersetzung gegenüberstehen. Wir müssen deutlich machen, daß wir die Verbreiterung einer revolutionär-sozialistischen Partei für einen wesentlichen Fortschritt in der Entwicklung der Arbeiterbewegung halten und daß wir deshalb mehr Menschen für unsere Partei gewinnen wollen.

Dazu gehört, daß örtlich überhaupt Kontaktmöglichkeiten zur KPD bestehen müssen und möglichst regelmäßige öffentliche Treffen stattfinden, die eine Diskussion unserer politischen Auffassungen zu wichtigen politischen Fragen über den Kreis unserer Mitglieder hinaus ermöglichen.

Dazu gehören unsere Betriebszeitungen, die eine der wichtigsten Instrumente sind, in der Arbeiterbewegung den Zusammenhang der konkreten Probleme und Fragen und der Notwendigkeit einer sozialistischen Perspektive herzustellen.

Auf zentraler Ebene gehört neben der regelmäßigen Herausgabe des zentralen Organs dazu, daß bei bestimmten bedeutenden politischen Entwicklungen wir als Organisation präsent sind, weil das politische Erscheinungsbild einer Partei davon abhängt, ob sie z.B. die 35-Stunden-Wochen-Auseinandersetzung ode die Auseinandersetzungen um die Nachrüstung, den Flick-Skandal oder den Kampf gegen die Änderung des § 116 als Problem behandelt, von denen die Entwicklung der Politik in den verschiedenen Feldern abhängt und sie entsprechend zu mobilisieren versteht. Die Herausgabe von Flugblättern (bzw. der BLIND-Zeitung) zu solchen Ereignissen, Plakate usw. auf der einen Seite und die Durchführung von Veranstaltungen ist ein Teil dessen, was durch die Kräfte im zentralen Apparat gewährleistet werden muß.

Veröffentlichung der Partei

1. Die Partei wird allein aus finanziellen Gründen sich eine Herausgabe einer Wochenzeitung und eines theoretischen Organs nicht mehr leisten können. War in der Vergangenheit der dazu erforderliche Mitarbeiterstamm schon zu klein (tatsächlich war die Herausgabe des Roten Morgen als Wochenzeitung nur möglich, weil ein erheblicher Teil der Zeit der politisch Freigestellten in die Mitarbeit für die Zeitung ging), so ist dies mit der Schrumpfung der Beiträge auf etwa die Hälfte unmöglich geworden. Die Partei steht somit allein aus diesen Gründen vor der Aufgabe, Struktur und Tätigkeit in der Zentrale umzustellen und die Handlungsfähigkeit der Zentrale mit drei bis vier Freigestellten zu gewährleisten. Wie ist dies möglich:

2. Hier werden zur Zeit im ZK zwei Alternativen diskutiert: entweder eine monatliche Zeitschrift oder der zweiwöchentliche RM. Die Argumente sind kurzgefaßt:

Für die Monatszeitschrift

a) damit das politische Organ unserer Partei den gewachsenen Ansprüchen einer Politkfähigkeit in den verschiedenen Politikfeldern und eine Orientierung in den politischen Auseinandersetzungen leisten kann, bietet sich eine Zeitschriftform eher an, die wegen des monatlichen Erscheinungsrhythmus ein Mehr an Information, Hintergrundberichten, Reportagen und gründlichere politische Behandlung der wichtigen Fragen ermöglicht.

b) der Leserstamm unserer Zeitung wird auf längere Sicht sich im wesentlichen auf Menschen zusammensetzen, die im weitesten Sinne zur Linken gehören und selber in der politischen Auseinandersetzung zuminest in einem der Politikfelder stehen. Hier eine Leserschaft zu erreichen ist weniger die Frage der Aktualität, sondern gründlicher und lebendiger Darstellung

c) diese Monatszeitschrift soll und darf kein Intellektuellenorgan werden, wie man dies angesichts verschiedener anderer Monatsmagazine befürchten kann. Damit es tatsächlich die Fähigkeit zur politischen Auseinandersetzung hat und dafür anschauliche Information liefert und Beiträge, die den kritischen Fragen nicht ausweichen, ist die Mitarbeit eines ehrenamtlichen Mitarbeiterstammes erforderlich — von Genossinnen und Genossen, die selber in den verschiedenen Politikfeldern stehen und deren Erfahrungen ein wichtiger Teil der Qualität dieser Zeitschrift sein könnten

d) eine Monatszeitschrift leidet an Aktualität — nur hat der Versuch zur Aktualität auch seine Tücken: indem schnell und relativ unbehandelt mit Informationen aus zweiter und dritter Hand geschrieben werden muß. Die Aktualität, die in wichtigen Fragen für das Handeln der Partei dringend geboten ist, kann kein Argument sein, diese Anforderung Woche zu Woche heute zu fordern. Da wäre ein Flugblatt oder eine Mitteilung zu einem bestimmten Ereignis der bessere Weg.

e) das Bestreben unserer Partei, als Kommunisten auch in die Massendiskussion zu wirken, soll damit nicht aufgegeben werden. Diese Zielsetzung ist nur durch die Herausgabe eines zentralen Organs nicht erledigt. Beim monatlichen Erscheinen eines Magazins der KPD ist deshalb anzustreben, in dem Zeitraum zwischen dem Erscheinen dieses Magazins eine vierseitige Zeitung herauszugeben, die zum Verteilen gedacht, in kurzen und knappen Artikeln zu wichtigen politischen Fragen und Ereignissen Stellung nimmt und ein Bild über die Standpunkte der KPD und eine Einflußnahme auf wichtige politische Diskussionen anstrebt.

Für den zweiwöchentlichen RM:

a) der RM heute ist nicht so schlecht, wie er zum Teil in der Diskussion erscheint. Er ist ein wichtiges Bindeglied der Partei, das durch eine Monatszeitschrift allein wegen des langen Zeitraums, der dazwischen liegt nicht gegeben ist.

b) Die Vorstellungen, die von einer Monatszeitschrift ausgehen sind unrealistisch, weil die Anforderungen für ein tatsächlich gutes Magazin bei dem Mitarbeiterstamm (den wenigen Freigestellten) zu hoch sind und deshalb die Gefahr besteht, daß in der Praxis der intellektuelle Charakter nicht vermieden werden kann.

c) Unter solchen Voraussetzungen wäre aber ein solches Magazin nicht in der Lage, die ganze Partei in die Diskussion einzubeziehen, wie es der Rote Morgen in der Vergangenheit und auch der zweiwöchentliche in Zukunft könnte.

d) Die Vorstellungen dieser Konzeption gehen davon aus, daß die Frage einer Massenzeitung heute so nicht steht und die Partei wie bisher zuwichtigen politischen Ereignissen zentrale Flugblätter bzw. BLIND-Zeitungen herausgibt.

Alternative zur Wochenzeitung Roter Morgen?

Wir brauchen Zeitungen, mit denen wir arbeiten können!

Leben kann ich schon mit dem RM, aber nicht effektiv nach „außen" arbeiten. Es nützt auch nichts, allein mit den sicherlich guten Seiten die der RM hat, mit liebgewordenen Gewohnheiten und Aufschwungshoffnungen für einen besseren, oder 14täglichen RM zu sprechen, und ansonsten im alten publizistischen Trott zu bleiben. Diese Haltung kommt der Haltung wie sie in vielen — wenn nicht den meisten — Ehen/Beziehungen gang und gäbe ist gleich. Nach dem Motto: „Jetzt habe ich es schon 20 Jahre mit ihm/ihr ausgehalten. Er/sie hat ja auch seine/ihre guten Seiten, und manches ist mir auch an ihm/ihr lieb geworden, und dann sind da noch die guten Erinnerungen. Jetzt halte ich es auch noch die nächsten Jahre aus, viel schlechter kann es ja nicht werden, höchstens besser." Eine Haltung, die nicht nur in Beziehungen zu einem Weiter- (nebeneinanderher) leben — bis der Tod uns scheidet — führt.

Auch mit dem RM können und dürfen wir nicht so weiterleben — bis der politische Tod uns vielleicht scheidet. Auch hier muß sich etwas ändern und zwar radikal. Und wenn das nichts nützt, dann bleibt nur abreißen und neu aufbauen, mit den „guten Erinnerungen" aufräumen.

Mit den „guten Erinnerungen" aufräumen

Um hier gleich *mit den guten Erinnerungen aufzuräumen:* Jedem revolutionären Menschen sollte zumindest in den letzten Jahren der Widerspruch, den all die revolutionären Zentralorgane und Zeitungen in sich trugen — nämlich Zeitungen für die Kommunisten **und** die Massen in Einem sein zu wollen — als politisch nicht mehr zu vertreten aufgefallen sein. In den Anfangsjahren ist dies nur durch die anfangs hohen Verkaufszahlen und dem sektiererischen Verständnis des Massenbewußtseins und der Massendiskussion verdrängt worden. Viele Menschen haben diese Zeitungen damals als etwas Neues einmal(!) gekauft, andere sie als Anhänger der ML-Modeströmung regelmäßiger gekauft und innerhalb der ML-Bewegung gab es sozusagen einen Zeitungsaustausch (kaufst du meinen RM, kauf ich deine RF). Hinzu kam noch der auf eine baldige Revolutionserwartung begründete Aktivismus, der in bezug auf die Zeitung auch mit der Vorstellung, die Massen würden sich den Buch-ML schon aneignen und aus der Wochenzeitung würde bald eine Tageszeitung (bis hin zum kommunistischen Standpunkt zu den letzten Bundesligaspielen und kommunistischem Wetterbericht) werden. Das ist und wird so nicht eintreten!

Eine rundherum am Massenbewußtsein und an der Massendiskussion ansetzende und die Lesegewohnheiten der Massen berücksichtigende Zeitung war der RM, genau wie andere revolutionäre Zeitungen, nie. Das, was sich in unserem Selbst- und Politikverständnis zum Positiven verändert hat, hat sich im RM z.T. auch positiv geändert. Und es gibt weitaus schlechtere revolutionäre Zeitungen. Aber eine „scharfe Waffe" — um es mal mit einem alten Ausdruck zu sagen — wird der Rote Morgen mit der alten Konzeption nicht werden. Von daher ist die — uns leider erst durch die finanzielle Situation aufgezwungene — Diskussion über unsere Parteipublizistik schon längst fällig.

Ich bin auch für eine Trennung in eine Zeitung für die Kommunisten, die außer den Parteimitgliedern auch andere Revolutionäre und im weitesten Sinne sozialistisch angeticke Menschen ansprechen soll, und in eine Zeitung für die Massen.

Zeitung für die Kommunisten

Hier kann ich nur die Ausführungen des Genossen Hotschi (RM 46) unterstützen. Ich möchte zum vorgeschlagenen Erscheinungsrhythmus noch hinzufügen, daß neben dem finanziellen Argument auch kein politisches Argument einen engeren Erscheinungsrhythmus rechtfertigt. Erstens gibt es weder in der Welt, noch in der BRD zur Zeit keine sich innerhalb weniger Tage oder Wochen vollziehende grundlegende politische Veränderungen. Zweitens bedeutet mehr und häufiger Papier nicht, daß das auch alles gelesen wird. Drittens treffen wir in der Regel mit anderen Revolutionären und Gewerkschaftslinken als potentielle Käufer eher monatlich als wöchentlich zusammen.

Zeitung für die Massen

Ersteinmal bin ich der Meinung, daß sich noch viel Schlamm die Elbe hinabwälzen wird bis uns massenweise eine Massenzeitung abgekauft wird. Selbst wenn die Genossinnen und Genossen wieder aktiv den RM zu verkaufen beginnen würden, ändern würde sich nicht viel. Und nur um Flagge zu zeigen, damit über die Partei geredet wird und sie so „bekannt" wird, dafür stellt sich wirklich keine/r mehr vors Tor oder auf die Straße. Dann könnten wir auch zu zehnt die Internationale singen und die Parteifahne hissen, das hätte genau den gleichen Effekt. Wir wollen doch die politischen Positionen der Partei unter die Leute bringen. Wir wollen die Massen aufrütteln, aufhetzen, sie für die Partei bzw. besser die Politik der Partei interessieren. Wir wollen die Arbeiterklasse dazu bringen, sich in der von uns vorgeschlagenen Richtung zu bewegen, zu kämpfen. Und da müssen wir vorerst kleinere Brötchen — besser Kekse — backen, was nicht heißt, daß sie schlecht sein müssen. Unsere Erfahrung auf dem Gebiet der Publizitik ist hier doch: Selbst vor Betrieben, in denen wir schon lange arbeiten und vor denen wir regelmäßig Betriebszeitungen, Flugblätter, RM-Extras verteilen, ist an einen erfolgreichen Zeitungsverkauf nicht zu denken. Das, was wir hier verteilen, wird auch gelesen. Und im Gegensatz zu früher, wo die Kollegen die Flugblätter nur nach betrieblichen Informationen abgesucht haben, werden unsere politischen Aussagen meist stillschweigend aber positiv zur Kenntnis genommen. Und im Stadtteil wird dies — mit einigen Abstrichen — nicht anders sein, vorausgesetzt, die interessierten Menschen werden regelmäßiger erreicht. Ich meine, **eine kostenlos verteilte „Flugblattzeitung" hätte folgende Vorteile:**

Vorteile der „Flugblattzeitung"

• Die Positionen der Partei könnten wieder regelmäßiger vor Betrieben, im Stadtteil, auf Demos und Veranstaltungen unter die Menschen gebracht werden. Wenn von einem „kompromißlos am Massenbewußtsein und an der Massendiskussion ansetzen" die Rede ist, dann meine ich dazu: Diese Zeitung muß so aufgemacht und geschrieben sein, daß die Werktätigen nach dem Lesen verstanden haben, was die Kommunisten meinen und wollen, was natürlich nicht gleich Übereinstimmung bedeutet. Auch auf die Gefahr hin, von manchen gesteinigt zu werden, bin ich hier der Meinung, daß wir uns da eher an der „Bild-Zeitung" als an der „Frankfurter Rundschau" o.ä. orientieren sollten.

• Statt verkrampft unter „Verkaufserfolgszwang" die Menschen wie ein Staubsaugervertreter nach potentiellen Käufern einordnen zu müssen, können wir gelöster die politische Diskussion mit Interessierten suchen und trotzdem locker verteilen.

• Viele Mitglieder würden sicherlich an dieser Art der Verbreitung kommunistischer Auffassungen in der Öffentlichkeit wieder Spaß haben.

• Neben der finanziellen Seite hat ein monatliches Erscheinen auch den Vorteil, daß es eher dem politisch notwendigen und möglichen Einsatz der Parteimitglieder entspricht. Das monatliche Erscheinen muß ja nicht starr gesehen werden. Wenn sich — wie jetzt z.B. zum § 116 AFG — sich politisch etwas Entscheidendes bewegt, kann auch außerhalb des Erscheinungsrhythmus eine Zeitung auf den Markt geschmissen werden. Stattdessen könnten wir zum Beispiel im Sommer in der „Politpause" ein/zwei Nummern ersparen.

• Das kostenlose Verteilen muß nicht heißen, daß wir uns nicht um Spenden bemühen. Wir können sowohl in der Zeitung, als auch direkt regelmäßige Abnehmer in Betrieb und Stadtteil auf eine Spende ansprechen. Auf jeden Fall ist es besser, eine Zeitung — wenn auch kostenlos — regelmäßig unter die Massen zu bringen, als eine Verkaufszeitung zu nichtkostendeckenden Preisen und Auflagen z.T. verschimmeln zu lassen.

• Für diese Zeitungen könnte auch wieder regelmäßiger ein größerer Kreis von Genossinnen und Genossen schreiben. Außerdem könnte sich diese Zeitung auch mehr auf die — z.Z. sicher nicht zahlreichen — Betriebs- und Stadtteilzeitungen der Partei stützen.

Um hier gleich etwas zur sicher anstehenden Zeitungsnamendiskussion loszuwerden: Wenn sich eine Zeitung „Roter Morgen" nennt, dann denke ich eher an eine kommunistische Zeitung, die ich jeden Tag frisch in der Frühstückspause lese. Das wird wohl in den nächsten Jahren nicht eintreten. Den Namen „Roter Morgen" könnten wir aber trotzdem beibehalten: Da wir zum einen die Massenzeitung in der Regel morgens vorm Betrieb und vormittags im Stadtteil verteilen werden, und zum anderen der RM einen gewissen Bekanntheitsgrad hat. Mein Namensvorschlag für die Zeitung für die Kommunisten und näheres Umfeld: **„Der Kommunist"**

Zum Schluß: Ich bin der Meinung, daß wir Publikationen brauchen, die die Diskussion und den Zusammenhalt unter den Kommunisten fördern und — getrennt davon — sich nach „außen" richten. Also keine Zeitungen für Leute, die kommunistische Politik in erster Linie als Pflege des Buch-Marxismus-Leninismus betreiben.

Ka., Kiel

BÜCHERMARKT

VIETNAM

Das kleine Buchpaket enthält zwei Bände aus der vom Oberbaum-Verlag herausgegebenen Reihe Proletarisch-Revolutionärer Romane. **XANU** ist der Titel eines Bandes mit sieben Erzählungen aus Vietnam, 1973, 200 Seiten mit vielen Bildern. **HON DAT** ist der Roman eines südvietnamesischen Dorfes im Befreiungskampf, über 300 Seiten, auch viele Bilder und Dokumente, wie z.B. das Politische Programm der Befreiungsfront FNL von 1960.
Beide — ansonsten lange vergriffenen — Bände bei uns zusammen **Nur 10.— DM**

ROTER FELS

Dieser fast 500 Seiten starke Roman bietet nicht nur eine pakkende, spannende Geschichte aus der chinesischen Revolution, sondern ist auch ein Dokument über politische und historische Ansichten sowie literarische Auffassungen der kulturrevolutionären Zeit im China Mao Tse-tungs. Bei uns Nur 7,— DM



Nazi-Medizin

1982 erschien ein dickes Arbeitsbuch „Medizin im Nationalsozialismus". Der großformatige 423-Seiten-Wälzer enthält viele Informationen, Dokumentationen, Einschätzungen, Literaturhinweise und ein ausführliches Register zum Thema — ganz selten, nicht nur für Mediziner ganz wichtig, einmalig zu haben für ★ Nur 15,— DM

PRESSA

1928 beteiligte sich die Sowjetunion an der Internationalen Presseausstellung (PRESSA) in Köln. Wir haben den Nachdruck des Katalogs des Sowjet-Pavillons anzubieten. Ein liebevoller Reprint mit vielen informativen Artikeln über Presse- und Bildungswesen in der SU. In das Buch eingebunden ein 18teiliger Leporello (harmonikaartig ausklappbare Bilderfolge, über 2 Meter lang) mit tollen Montagen zum Pressewesen der Sowjetunion in den späten Zwanzigern. Dazu noch aus der Reprint-Reihe des Wienand-Verlags einen über 300-Seiten-Band über „Frühe Kölner Ausstellungen", in dem auch nochmal viel über die PRESSA 1928 steht —, und weil die Bücher so schön sind noch den Originalnachdruck (sogar mit eingelegtem Messeplan) der Ausstellung des Deutschen Werkbundes von 1914. Der fast 400-Seiten-Wälzer dokumentiert eine der ersten großen deutschen Industrieausstellungen. Alle drei seltenen — und selten schöne Bücher kosten bei uns ★
Nur 25,— DM

KARL UND ROSA

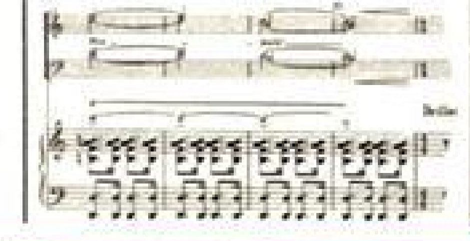
„Unvergessen" Gedichte über Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Leinen, 100 S. **Erinnerungen** an Karl und Rosa, DDR, 1971, Leinen, 300 S. Rosa Luxemburg: **Briefe aus dem Gefängnis**, Leinen, 86 S. Rosa L.: **Schriften über Kunst und Literatur**, Taschenbuch, 230 S. K. Liebknecht: **Militarismus und Antimilitarismus**, DDR, 1954, 32 S. **Karl Liebknechts Vermächtnis für die Deutsche Nation**, DDR, 1962, 150 S. Rosa Luxemburg: **Internationalismus und Klassenkampf**, Sammlung Luchterhand, 385 S. Und dazu noch: Rosa Luxemburg **Rede zum Programm**, gehalten auf dem Gründungsparteitag der KPD (Spartakusbund) am 29. - 31. Dezember 1918 zu Berlin, Originalnachdruck einer Broschüre des Verlags „Rote Fahne", Berlin, 1919, 26 Seiten. Ganz viel von und über Karl und Rosa für wenig Geld. Alle acht Titel zusammen für **Nur 19,90 DM**

Kolonne Links

„Über zehn Meere zum Mittelpunkt der Welt" ist der Titel einer spannend-romanhaft erzählten Geschichte der wohl berühmtesten AP-Truppe der Weimarer Republik, der Berliner Kolonne links. Helmut Damerius erzählt die Geschichte, die in einer schönen Leinenausgabe mit Schutzumschlag (430 Seiten mit vielen Bildern) bei uns wenig kostet:
★ Nur 7,50 DM

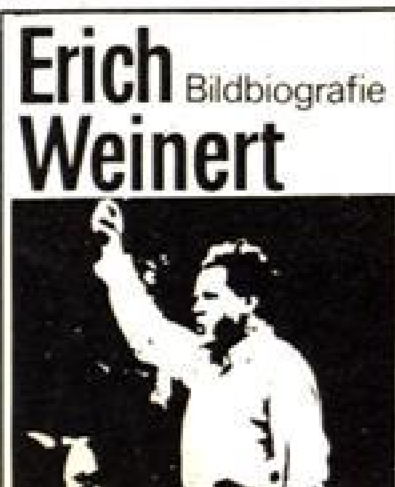
Haste Töne?

Wenn nicht, wir können sie euch beibringen mit unserem Liederbuchpaket: Liederbücher aus dem VEB Friedrich Hofmeister Verlag Leipzig: Aus der Reihe: Das Lied im Kampf geboren: **Lieder der Arbeiterkinder**, 96 Seiten; **Lieder der Arbeiterjugend**, 78 S.; **Lieder des Roten Frontkämpferbundes**, 128 S. **Lieder der Agitprop-Truppen vor 1945**, 175 S.; **Lieder aus den faschistischen Konzentrationslagern**, 168 Seiten mit dem farbigen Nachdruck handschriftlicher Aufzeichnungen aus den KZs. Dazu noch, herausgegeben von der Deutschen Akademie für Künste in Berlin **Lieder der Partei**, 224 Seiten, (einige lose)! Alle Liederbücher mit Noten, teilweise mit Bilderteilen. 6 Bände zur Kulturgeschichte der Arbeiterbewegung, eine umfassende Sammlung revolutionären Liedguts für ★ **Nur 20,— DM**



Der Bücherbote kommt ins Schwitzen: es sind zwar nicht ganz 2001 Angebote, aber eine Wohltat für jeden Bücherwurm, was der RM hier anbieten kann. Aus Spenden, Rezensionsexemplaren, Doppel- und Dreifachausgaben unseres Archives, aus Restauflagen und modernem Antiquariat haben wir einen Bücherkorb zusammengestellt, in dem eigentlich jeder was Interessantes finden müßte. Der große Reibach wird mit diesem Angebot nicht gemacht — die Erlöse dieser Aktion fließen ausschließlich der Partei zu — eine Spende gegen dicke, voluminöse, bunte, große, theoretische oder antiquarische Spendenquittungen — die Leservergnügen bereiten. **Und aufgepaßt:** Dies ist **fürs erste der letzte** Bücherkorb, also nichts wie hineingegriffen!

Erich Weinert Bildbiografie



Erich Weinerts Leben und Werk — das umfangreiche Schaffen des Dichters, Rezitators, Publizisten und Propagandisten ist in einem wunderschönen Bildband des Henschelverlags Berlin/DDR nachgezeichnet. Über 150 (Hochglanz)-Seiten mit Bildern, Zeichnungen, Dokumenten und Texten aus der Schaffensperiode in Deutschland dem Spanischen Bürgerkrieg und aus den Schützengräben, wo Erich Weinert mit seinen Mitteln die Hitler-Armee bekämpfte. Ein sehr schönes Büchlein, bei uns Nur 5,— DM

— Unsere Top-Angebote —

DEUTSCHE GESCHICHTE

DEUTSCHE GESCHICHTE 1 · DEUTSCHE GESCHICHTE 2 · DEUTSCHE GESCHICHTE 3

Weil Geschichte so gefragt ist, ein letztes „top"-Sonderangebot. Deutsche Geschichte in drei Bänden vom VEB Verlag der Wissenschaften Berlin/DDR. Dieses 1967/68 erschienene Geschichtswerk umfaßt: Teil 1 *„Von den Anfängen bis 1789"* Teil 2 *„Von 1789 bis 1917"* und Teil 3 *„Von 1917 bis zur Gegenwart"* (1963, RM).
Die großformatigen, voluminösen Bände (20/28 cm) überzeugen durch viele ein- und mehrfarbige Karten, durch Farbbilder, Kunstdrucktafeln ausführliche Register und Literaturhinweise. 2423 Seiten deutsche Geschichte in drei schönen großen Leinenbänden mit Schutzumschlag — jeder Band weit unter 30,— DM, also — einmaliges Angebot, zusammen: ★ Nur 75,— DM

Und so wird bestellt:

Alle Bücher, alle Angebote, die mit einem Sternchen (★) versehen sind, gibt es nur einmal oder zweimal. Um Mehrfachbestellungen und damit eventuell große Traurigkeit bei den zu spät kommenden zu vermeiden unser Weg: **Anrufen — nachfragen, ob das Buch noch zu haben ist, reservieren lassen und der Versand kommt in die Gänge**, sowie Eure Kohle eingetroffen ist. Bei mehreren Exemplaren und Restauflagen läuft der Versand in der Reihenfolge des Eingangs der Bestellungen. Und bitte: keine Bestellungen unter 10,— DM — das ist für niemanden ein Vorteil.
Daher ganz wichtig: Telefon RM-Verlag: **(0231) 433691** oder 92, Werktags von 9 - 18 Uhr.

Bestelladresse: **RM-Verlag, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30**

Für Schecks und Überweisungen: Verlag RM, Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr. 321 000 290 (BLZ 440 501 99)
Postscheckkonto Dortmund 79 600-461

ENGELS

Nur die wichtigsten Daten zu unserem großen Engels-Biographie-Paket: **Der junge Engels**, zweibändige Leinenausgabe, DDR, 1966, zusammen 572 Seiten; **Zwischen 18 und 25 Jugendbriefe** von F. Engels, DDR, 1965, 294 S.; Vera Machackova **Der junge Engels und die Literatur**, DDR, 1961, 324 S.; **Engels und die britische sozialistische Bewegung von 1881 - 1895**, Leinen, DDR, 1962, 242 S.; Engels: **Zwischen Bureau und Barrikade** Ein Leben in Briefen, DDR, 1970, 292 S.; W. Victor, **Der beste Freund** Kinderbuch über Engels, DDR, 1961, 131 S.; Engels **Biographische Skizzen**, DDR, 1967, 185 S. **Friedrich Engels der Denker** Aufsätze aus der großen Sowjet-Enzyklopädie, Schweiz, 1945, 367 S.; F. Engels, **Denker und Revolutionär**, BRD (DKP), 1971, 231 S.; Engels **Profile** Auslese aus Werken und Briefen, BRD, 1970, Leinen, 412 S.; Engels **Kampf und Vermächtnis**, DDR, 1961, Leinen, 423 S.; Friedrich Engels **Eine Biographie** BRD/DDR, 1970, Leinen, 708 S.; Stepanowa: **Friedrich Engels**, DDR, 1958, Leinen, 275 S.
14 Bände über Engels, 4456 Seiten — mehr kann man kaum über Friedrich Engels erfahren — schon gar nicht zu unserem Sonderpreis von
★ Nur 49,90 DM

RARITÄTEN

Klassische Klassikerausgaben: Die folgenden Texte mag der eine oder andere vielleicht besitzen — solche schönen Ausgaben wie wir sie heute anbieten, haben aber großen Seltenheitswert! Zunächst ein Band der ausgezeichneten Lenin-Ausgabe des Verlags für Literatur und Politik — Wien - Berlin aus dem Jahre 1933. Der Band umfaßt die Jahre 1908 bis 1914 und bietet ausgewählte Artikel über Die Jahre der Reaktion und des neuen Aufschwungs. Blaues Ln., 470 Seiten Nur 9,90 DM
Zwei Bände der schönen Reihe aus dem Verlag für fremdsprachliche Literatur in Moskau aus dem Jahre 1947: Zum einen Lenin Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens (mit eingeklebtem Farbbild), 390 Seiten
Nur 9,90 DM
Und ebenfalls von '47: W.I. Lenin: Marx-Engels-Marxismus, wunderschöne Ausgabe der Sammlung mit Artikeln von Lenin über Marx, Engels und ihre revolutionäre Lehre. 431 Seiten
Nur 9,90 DM
Aus dem Dietz Verlag von 1949: Lenin-Stalin: Das Jahr 1917 Ausgewählte Werke. Dicker Band mit Lederrücken und Goldprägung, 800 Seiten Nur 15,— DM
Noch ein einmaliges Stück: J. Stalin Fragen des Leninismus, Dietz Verlag 1951. 740 Seiten starker Band mit grünem Kunstlederrücken und Goldprägung, auch dieses seltene Buch ★Nur 15,— DM

GEGEN GEBOT

Nostalgie ist „in". Die fünfziger Jahre, die Nachkriegszeit werden verklärt. In unserem Angebot in dieser Woche bieten wir eine ganze Reihe von Zeitschriften an, die damals kritisch waren und heute noch interessant sind. Die berühmten „Gründerjahre" nach '45 einmal anders betrachtet. Im einzelnen: 14 Exemplare der Zeitschrift:

HEUTE UND Morgen

„Heute und Morgen", Monatszeitschrift für Kunst, Literatur, Wissenschaft und Zeitgeschehen. Jedes Heft enthält auf rund 100 Seiten reichhaltig illustrierte Beiträge zu o.g. Themen, aktuelle Meldungen, Kulturnotizen, Glossen, Rätsel und zeitgenössische Werbung. Beiträge in diesen Heften, die im Progress Verlag Düsseldorf erschienen u.a. von: Rolland, Kisch, A. Zweig, Graf, Lukacs, Sartre, Niemöller, Nexö, Brecht, W. Herzfelde, und, und, und. Konkret: Die Hefte 9, 11, 12 des Jahrgangs 1952 und bis auf das Heft 10 alle Ausgaben des Jahres 1953.
Dazu noch eine Ausgabe der DDR-Zeitschrift **„Heute und Morgen"** Heft 3 aus dem Jahre 1947, ein ganz seltenes Exemplar der von **Willi Bredel** herausgegebenen literarischen Monatszeitschrift.



Und schließlich noch vier Hefte der **Zeitschrift für politische, soziale und kulturelle Neugestaltung „Das neue Wort"**, die in Stuttgart erschien. Wir bieten an die Februar- und Dezemberausgabe von 1946 sowie aus dem Jahrgang 1949 die Mai- und Juniausgabe.
Alle 19 — gut erhaltenen Zeitschriften kann bekommen, wer dem Verlag **mindestens 50,—** DM bietet. — **Für Interessenten: nichts wie ans Telefon.**

Skipetaren-Short-Stories



21 Kurzgeschichten aus dem roten Albanien. In diesem Paperback mit vielen Illustrationen gibt es auch noch zwei albanische Aufsätze zu Kunst und Litaratur, „Stürmische Jahre" ist der Titel des Bandes (184 S.) zum Spottpreis von **Nur 3,— DM**

Parteibüros der KPD
und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109 a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeiten zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr

2000 **Hamburg** 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen: Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel** 1, KPD, Rendsburger Landstr. 9, Tel.: (0431) 642110, geöffnet: Di u. Fr 18 - 20 Uhr

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz: W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 2624388, geöffnet Mo u. Fr. 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr

KPD Saar: 6685 **Heiligenwald**, Kontaktadresse: E. Bittner, Waldwiesstr. 13

Sektion Westberlin: 1000 **Berlin** 44 (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Str. 18, Tel.: (030) 6228474